Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — **Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 30 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 250 Grosch. Danzig 20 bz. 150 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 150 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 140. Bromberg, Donnerstag den 21. Juni 1928. 52. Jahrg.

Die mandschurische Frage.

Diese Frage ist ebenso alt, wie die Mandschurei selbst, und es ist die schwierigste politische Frage des Fernen Ostens. Ihren Inhalt bildet nicht im geringsten Grade, wie man dem Namen nach annehmen dürfte, der völkische Gegensatz zwischen den Urinsassen der Flußbecken des Amur und Liau-hö, den Mandschus (die bekanntlich 1640—1910 ganz China, Tibet, die Mongolei, Kaschgarei usw. beherrschten) auf der einen Seite und den benachbarten Völkern der Russen, Chinesen, Japaner, Koreaner oder Mongolen auf der anderen. Ein Gegensatz dieser Art besteht überhaupt nicht, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es heutzutage überhaupt gar keine Mandschu's mehr gibt. Gewiß habe ich noch im Jahre 1906 in den Bergklüften Khingans kleine Überreste von einem mandschurischen Jägerstamm zu sehen bekommen, Wilde, die nicht nur chinesisch, sondern auch etliche Brocken der alten Mandschusprache (ein Zweig der nordsibirischen Tungusen-Sprachfamilie) in ihrem Umgange gebrauchten. Dies waren aber die „letzten Mohikaner" der völkischen Eigenart jener noch vor kurzem so berühmten Kriegerrasse. Diese Rasse ist im Chinesentum vollständig aufgegangen. Als ich im Jahre 1910 am Sitz des mandschurischen Statthalters Schen-Tsinj (= die „heilige Residenz; mandschurisch Muk-Djanj = Herrenzelt) in meiner amtlichen Eigenschaft des Geschäftsführers des dortigen (Kaiserlich-russischen) Generalkonsulat mich persönlich mit dem dortigen „mandschurischen" Hochadel befreundete, bei Gutsbesitzern, Bauern, Kaufleuten und Beamten verkehrte, da habe ich bei diesen Herren absolut nichts von irgend welcher kulturellen Eigenart vorgefunden, die sie von stockreinen Chinesen unterschieden hätte. . . .

Der Kern der mandschurischen Frage ist einmal rechtspolitischer und sodann volkswirtschaftlicher Art. Infolge des Verlustes ihrer ethnischen Eigenart zugunsten des Chinesentums (das geschah in ähnlicher Weise, wie ein Teil der germanischen Urbevölkerung des heutigen Polens im Slawentum aufgegangen ist), will man das eigentliche China seine politische Herrschaft auf dieses kulturell und sprachlich vom Chinesentum durchtränkte und assimilierte Gebiet ausdehnen. Diesen Plänen widersetzen sich aber zwei benachbarte Großmächte, die ihre politischen Ansprüche auf vertragliche Rechtstitel und wirtschaftliche Kapitalanlagen stützen. **In erster Reihe will der Russe sich auf** den 1898 in Livadia unterzeichneten Vertrag stützen, der durch eine ganze Reihe von Konventionen und Konzessionsbriefen abgeändert wurde, die in den Jahren 1900—1906 zwischen den Regierungen der Romanows und — der „Daj-Tsinj-Mang-Tschu" vereinbart wurden. Durch diese Verträge, welche das zaristische Petersburg mit dem damals mandschurischen kaiserlichen Peking geschlossen hat, bekamen die vom sibirischen Norden her vordringenden Russen das Recht, die drei Provinzen der Mandschurei durch zwei Eisenbahnen zu durchqueren.

Da zu jenen Zeiten das Land nur spärlich bevölkert war, so kargten die von russischen Diplomaten bestochenen Mandarinen nicht, als sie die zur Benutzung der Eisenbahnlinie entlang derselben enteigneten Ländereien den Russen zumaßen. Diese Ländereien, die sich wie ein langer Streifen von Sibiriens Grenzen bis nach Wladiwostok und Port Artur gabelförmig erstrecken, wurden in jeder Hinsicht der „Ostchinesischen Eisenbahnverwaltung" unterstellt, die im Knotenpunkt Kharbin residiert. In Wirklichkeit hatte der Vertreter der chinesischen Behörden im Range eines „Daotais" dem in Kharbin nach eigenem Gutdünken waltenden Russengeneral gehorsamst zu parieren. Ein nicht unbeträchtliches von China unabhängiges Vasallengebiet Rußlands (etwa 900 qkm groß) ist auf diese Weise entstanden. Die am Nebenflusse des Amur, dem Sungari, von den Russen ausgebaute Stadt Kharbin entwickelte sich glänzend, allerdings, in weit größerem Ausmaß dank dem gewaltigen Zufluß von Chinesen aus dem volksreichen Schantung, als etwa dank dem spärlichen Zufluß weißer Kolonisten aus dem menschenleeren Sibirien oder aus dem fernen Europa. Die drei Gouverneure des Bogdokhans (später der republikanischen Regierung von Peking, ab 1924 des Mukdener Militärdiktators Tschangtsolin) gerieten dadurch in eine peinliche Lage, da ihre Gebiete (Tsitsikar, Girin und die wichtigste südliche Provinz Jüntjanj, um die heilige Stadt Mukden herum) mitten hindurch von zwei dem Ausland zugesprochenen Landstreifen durchkreuzt wurden. Nach dem für die Russen unglücklichen Kriege von 1904—1906 haben die Japaner die südliche Abzweigung jenes Auslandsstreifens für sich gewonnen. Die Russen behielten (laut dem Frieden von Portsmuth 1907) nur den nördlichen Teil.

Auf diese Weise wird das von mehr als 18 Millionen Seelen bewohnte Gebiet der drei mandschurischen Provinzen heute von drei Verwaltungszentralen aus regiert:

1. Die **Russen** regierten in dem Streifen, der sich von Charbin bzw. von Sibirien aus bis nach Wladiwostok und bis zur Wasserscheide zwischen dem Amurbecken und dem Liau-Hö erstreckt. Die Sowjetkommissare herrschten hier erst seit dem Jahre 1925. Bis dahin verteidigte der von Nikolaus II. ernannte Ingenieurgeneral Chorwat — als Nachfolger des Admirals Koltschak — das oben bezeichnete Eisenbahngebiet, das den Russen nach dem Japanischen Kriege geblieben war, gegen den Bolschewismus.

2. Die **Japaner** regierten den von den Russen eroberten Teil des Eisenbahngebiets bis nach Port Artur und Balnij herunter.

3. Der **chinesisch** verwaltete Rest wurde im Laufe der letzten Jahre von der Beamtenschaft Tschangtsolins ausgepreßt, der das Land von seinem Hauptquartier Mukden aus regierte.

Wir waren bemüht, dem Leser zu zeigen, daß auch der rechtliche Titel, auf den Peking seine Ansprüche auf die Herrschaft in der Mandschurei stützt, vom politischen Standpunkte aus gesehen, nicht auf ganz sicheren Füßen steht. Die Chinesen haben wohl 1910, nach der Vertreibung ihres Mandschukaisers (des minderjährigen Puhi, der sich zur Zeit als Student in Nordamerika aufhält) das zweihunderjährige Joch der Mandschurei vom eigentlichen China abgeschüttelt; **doch hat die neuerrichtete Republik China dieses Land noch ebensowenig für sich erobert, wie die Mongolei und Tibet.**

Der Mikado ist geneigt, die Mandschurei als eine Größe für sich zu behandeln. Die Geheimverträge der Tokioter Regierung mit Tschangtsolin auf der einen, sowie mit Moskau auf der anderen Seite weisen deutlich auf die kommende **Teilung aller chinesischen Gebiete außerhalb der großen Mauer zwischen Rußland und Japan** hin. Das Amurbecken mit Sungari, Ussuri und Kerulen (in der Nordmongolei) bildet die Einflußsphäre der Sowjets; während die ganze Südmandschurei sowie die benachbarten Teile der Südostmongolei unter das Regiment Japans geraten.

Schon nach Beendigung des Russisch-Japanischen Krieges (im Jahre 1906) bildete diese Lösung der mandschurischen Frage — wie dem Endesunterzeichneten genau bekannt ist — eine zwischen Petersburg und Tokio beschlossene Sache. Nur die drohende Haltung Washingtons verhinderte damals eine Verschiebung der Grenzen Sibiriens nach Süden und derjenigen der japanischen Provinz Korea nach Norden und Westen hin. Man beschränkte sich darauf, den buddhistischen Fürst-Bischof von Urga zu einer Art „Kaiser der Mongolei" auszurufen und die chinesischen Beamten

Zaleski läßt sich befragen.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 19. Juni. Minister Zaleski ist nach seinen jüngsten Reisen und Reden etwas unpäßlich und übermüdet nach Warschau zurückgekehrt. Es hieß sogar, daß er noch einige Tage der Erholung und Sammlung bedürfe, bevor er die Amtsgeschäfte im Ministerium wieder übernehmen werde. Aber das starke und vielseitige Echo, das seine Pariser Reden hervorgerufen haben, zerstörte die Voraussetzungen für Sammlung und Ruhe auch nur für eine kurze Zeitspanne. Ein Minister muß der Öffentlichkeit dienen und diese war gerade im jetzigen Momente auf authentische Kommentare der Pariser Aktion des Ministers ganz besonders gespannt. In dieser Erkenntnis hat daher Herr Zaleski einen Vertreter der „Epoka" in seine Privatwohnung im Kronenberg-Palais eingeladen, um in einer eingehenden Erklärung seine letzten außenpolitischen Schachzüge in das ihm erwünschte Licht zu setzen.

Die Frage der Rheinlandsräumung.

„In meiner Pariser Bankettrede" — so erklärte der Minister dem „Epoka"-Vertreter — „habe ich zwei Thesen durchgeführt. **Vor allem habe ich festgestellt, daß, wer zur friedlichen Revision der Verträge aufruft, ebenso (?!) gegen den Frieden handelt, wie derjenige, welcher zur Revision mit der Waffe in der Hand aufruft. Weiter habe ich erklärt, daß wenn jemand gewisse Garantien, die den Frieden sicherstellen können, in Händen hat, er diese Garantien nicht herausgeben darf, ohne sie durch andere Friedensgarantien zu ersetzen."**

Der offizielle Journalist lenkte dann als Geburtshelfer von Ministergedanken das Gespräch auf die Ausdeutung, die die deutsche Presse der Pariser Aktion Zaleskis gegeben hatte. Der Minister griff unwirsch ein: **„Aus diesem Lärm könnte man schließen, daß der Wille, den Frieden zu erhalten, in Deutschland gar nicht besteht,"** — — — fügte aber gleich diplomatisch hinzu: „Doch will ich daran nicht glauben". „Ich will daran glauben", — fuhr der Minister fort — „daß die künftige deutsche Regierung aus Leuten **besteht, für die die Erhaltung des Friedens ein Gebot ihres politischen Glaubens sein werde. Doch müssen sie wissen,** daß keine Regierung ewig ist und **daß deswegen internationale Verpflichtungen immer eine Rechtsform haben müssen und sich nicht auf das Vertrauen zu den momentanen Leitern dieses oder eines anderen Staates stützen können."**

Weiter stellte der Minister die Richtigkeit der Interpretation, die der Pariser Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" der Erklärung Zaleskis in der Rheinlandfrage gab, in Abrede. Der Minister versicherte dabei, daß er außer seiner Rede im Senate nur zwei Erklärungen abgegeben hatte: eine im „Ilustrowany Kurjer Codzienny" und die andere in Belgien. In Paris habe er gegenüber Pressevertretern keine Erklärungen in dieser Angelegenheit abgegeben.

Der Minister äußerte bei dieser Gelegenheit seine Zufriedenheit über die

Pariser Eindrücke.

„Die Gespäche, die ich in Paris geführt habe, charakterisierte die gewöhnliche Herzlichkeit, die in den polnisch-französischen Beziehungen zu bemerken ist, und die zahlreiche Beteiligung hervorragender Politiker und Parlamentarier an dem von der parlamentarischen Gruppe und vom polnisch-französischen Vereine veranstalteten Bankett haben mich noch einmal von der Popularität überzeugt, deren sich das Bündnis mit Polen in Frankreich erfreut."

Der Kellog-Pakt.

Den Hinweis der deutschen Presse (insbesondere der „Kölnischen Ztg."), daß die Stellungnahme Zaleskis gegen die Revision der Verträge, auch das Projekt des Kellog-Paktes umfasse, suchte der Minister durch folgende Bemerkung abzuschwächen:

„Ich habe seinerzeit schon erklärt, daß ich das Kellog-Projekt als sehr nützlich erachte und nach den von Kellog in der Note vom 28. April erteilten Aufklärungen meine ich, daß das Problem der Annahme dieses Paktes nur noch eine Frage der Form ist, die diese Aufklärungen annehmen werden. Es kann also keine Rede davon sein, daß ich während meiner Reise gegen diesen Pakt aufgetreten wäre."

Der polnisch-litauische Konflikt.

Der Minister wandte sich hierauf dem polnisch-litauischen Konflikt zu und erklärte: „Ich meine, daß der Völkerbundrat nachdrücklich gezeigt hat, daß er alle Ungehörigkeiten des Verhaltens der litauischen Regierung seit dem Momente der Fassung der Dezemberentscheidung des Rates sieht. Alle Reden waren gekennzeichnet durch die Einsicht in die Wahrheit, daß die polnische Regierung alles tut, was in ihrer Macht steht, um gute Beziehungen mit Litauen anzuknüpfen, während seitens der litauischen Regierung kein deutliches Bestreben in dieser Richtung sichtbar ist. Es lassen sich kritische Stimmen aus dem Grunde hören, daß die einmütige Resolution des Rates durch die eine Stimme des Herrn Woldemaras zunichte gemacht worden ist. Ich muß aber auch feststellen, daß die Prozedur des Art. 11 die Einmütigkeit der Beschlüsse, die interessierten Parteien mit inbegriffen, erfordert. Das ist ein wichtiges Prärogativ der unabhängigen Staaten. und ich würde niemals die Hand daran legen, daß die Rechte der souveränen Nationen in dieser Hinsicht, wenn auch nur im geringsten Grade, verkürzt werden. Erst wenn die Angelegenheit aus dem Art. 15 im Gange ist, steht beiden Parteien kein Stimmrecht zu."

Über den weiteren Verlauf der polnisch-litauischen Verhandlungen äußerte sich der Minister wie folgt:

„Wir erwarten die Gegenvorschläge, die die litauische Regierung Ende Juni in Kowno in der Sicherheitskommission und in Warschau in der wirtschaftlichen Kommission vorzulegen hat. Wenn diese Projekte annehmbar sind, wird seitens der polnischen Regierung nicht die mindeste Schwierigkeit bestehen, die betreffenden Abkommen und sei es auch sofort, zu unterzeichnen. Wenn aber die litauischen Vorschläge nicht annehmbar sein sollten, **werden wir überlegen, was weiter zu tun ist."**

Der Völkerbund und die Minderheiten.

Über den neuen Weg, den der Völkerbundrat in der Behandlung der Minderheitenfragen eingeschlagen hat, führte der Minister folgendes aus: „Die letzte Session des Völkerbundrates ist von besonderer Tragweite, infolge des Standpunktes, den der Rat in der albanisch-griechischen Angelegenheit eingenommen hat. Bei der Prüfung dieses Konflikts hat der Rat in den Minderheitenfragen zwei Vorschriften für die Zukunft festgesetzt. Vor allem hat der Rat festgestellt, daß die Minderheitenfragen mit Ausnahme der mit Krieg drohenden Fälle nicht der Prozedur des Artikels 11 unterliegen können. Dann hat der Rat festgestellt, daß Minderheitenverträge nicht nur die Aufgabe haben, die Minderheiten zu schützen, sondern auch den einzelnen Staaten die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unmöglich zu machen. Der Schutz der Minderheiten liegt in der Kompetenz des Völkerbundrates, an den sich die Minderheiten unmittelbar um Hilfe wenden können. Dem Staate aber, zu dem die in einem anderen Lande lebende Minderheit der Rasse nach gehört, steht das Antragsrecht nicht zu."

Die polnisch-belgischen Beziehungen.

Der Minister betonte zuletzt die Herzlichkeit des Empfanges, der ihm in Belgien zuteil geworden ist, wies mit Befriedigung auf den Vorschlag des belgischen Ministers Hymans hin, in Verhandlungen bezüglich eines polnisch-belgischen Schiedsgerichts- und Freundschaftsvertrages zu treten und drückte die Hoffnung aus, daß sich nach dem Vorbilde der polnisch-französischen parlamentarischen Gruppe auch eine polnisch-belgische parlamentarische Gruppe bilden werde.

*

Herr Zaleski ist anscheinend mit seinen sensationellen Bankettreden in Paris und Brüssel recht zufrieden. Nur gefällt es ihm nicht, daß man in Deutschland seine unfreundliche Einmischung in das Rheinlandproblem unfreundlich erwidert. Er vergißt dabei, daß Deutschland auf dem Wege ist, seine anerkannte Großmachtstellung zu befestigen, und daß es naturgemäß darüber Schmerz empfinden muß, wenn die Rheinlandwunde noch von einer bisher unbeteiligten Seite unsanft berührt wird, die nach Locarno und seinem deutsch-polnischen Schiedsvertrag keine ängstlichen Träume mehr zu haben schien. Wie man in den Wald hineinschreit, so schallt es heraus, und der Rufer darf dem Echo nicht nachsagen, daß es ihm an Friedenswillen gebricht.

Ebenso interessant wie unlogisch erscheint uns die Behauptung, daß jeder, der eine friedliche Revision der Friedensverträge anstrebe, den Frieden ebenso bedrohe, wie derjenige, der die Revision mit der Waffe in der Hand erzwingen wolle. Soll das nur vom Versailler Diktat gelten oder auch vom Wiener Kongreß, bei dem übrigens nicht, wie in Versailles, Revisionsmöglichkeiten vorgesehen waren, deren Erörterung wohl auch die polnische Regierung durch ihre Unterschrift anerkannt hat?

Recht auffallend ist es, daß der Herr Außenminister über die recht stickige Atmosphäre, die unsere östliche Grenze belastet, kein Wort verliert — und doch kann die polnische Ost- und Westpolitik nicht getrennt behandelt werden. Sehr richtig wird von Herrn Zaleski hervorgehoben, daß keine Regierung ewig besteht. Wir erlauben uns ergänzend zu bemerken, daß auch der gegenwärtige Schwächezustand der deutschen Nation, die in einem geschlossenen Siedlungsgebiet die polnische um das Vierfache übertrifft, nicht ewig anzudauern braucht. Eine geschickte Außenpolitik wird es bei solchen Überlegungen vermeiden, durch laute Worte unnötige Erregung zu schaffen, wo man in der Stille seine Absichten besser verwirklichen kann. Oder sollte das in Paris nicht mehr möglich sein? Wir möchten das nicht annehmen.

von dort zu vertreiben. In der Mandschurei ließ man einstweilen die Mandarinen weiter ihr Scheinregiment repräsentieren.

Sollten die chinesischen Führer nach der Eroberung Pekings wirklich imstande sein, geeint vorzugehen, so würden die russischen Pläne und die großen japanischen Einlagen in der Mandschurei bedroht sein, da in solchem Falle Amerika leicht den Grundsatz der Unantastbarkeit von Groß-China vertreten dürfte.

Aber solange Europa im Namen der Ausbreitung der demokratischen Prinzipien nicht gestatten wird, den chinesischen Kaiserthron wieder aufzurichten, kann dieses 400-Millionenvolk seine staatliche Einigkeit unmöglich wieder herstellen. Die verheerenden Bürgerkriege werden noch lange anhalten.

Dr. von Behrens.

Tschangtsolina — tot oder lebendig?

Mukden, 18. Juni. (PAT) Tschangtsunliang wurde zum militärischen Gouverneur an Stelle seines Vaters Tschangtsolin ernannt.

Am 16. d. M. wurden in den Straßen der Stadt Aufrufe an die Bevölkerung verteilt, die die Unterschrift des Marschalls Tschangtsolin trugen, während sein Tod vor einigen Tagen im amtlichen Kommunikat bestätigt worden war. Aus diesem Anlaß herrscht in militärischen Kreisen große Verwirrung, und es sind die phantastischsten Gerüchte im Umlauf.

*

Nanking wird Chinas Hauptstadt.

Die Südtruppen sind im gesamten inneren China Herren der Lage. Wie lange die Einigkeit ihrer Generale vorherrscht, läßt sich freilich nicht absehen. Durch die Überführung der Gebeine des ersten chinesischen Präsidenten Sunyatsen von Peking nach Nanking und die Verlegung der Ministerien eben dorthin geben die neuen Gewalthaber zu erkennen, daß sie **Nanking zur Hauptstadt Chinas** erklären. Peking hat 400 Jahre lang diese Rolle gespielt. Die chinesischen Missionen im Ausland, die bisher der Nordregierung unterstanden. haben nunmehr die Flagge der Nankingregierung gehißt.

Keine Aenderungen im Warschauer Kabinett.

Die Polnische Telegraphen-Agentur ist zu der Feststellung ermächtigt, daß die Gerüchte über angeblich bevorstehende Änderungen in der Zusammensetzung des gegenwärtigen Kabinetts jeglicher Grundlage entbehren.

Vor dem Schluß der Parlamentssession?

Unerwartete Wendung bei den Etatsberatungen.

Warschau, 20. Juni. Wie wir bereits gestern mitteilen konnten, wurden in der Finanz- und Budgetkommission des Senats unerwartet sämtliche Regierungsanträge zurückgezogen. Der Regierungsklub stellte den Antrag auf Annahme des Budgets in der vom Sejm in dritter Lesung festgesetzten Fassung und akzeptierte somit diese Abänderungen, die im Sejm am Budget vorgenommen wurden und die mit Rücksicht auf ihren ausgesprochen politischen Charakter dem Widerspruch sowohl der Regierungsvertreter, wie auch der Regierungspresse begegneten.

Diese unerwartete Wendung in den Budget-Beratungen rief im ganzen Parlament einen großen Eindruck hervor. Man zerbrach sich vor allem den Kopf über die Motive dieser Überraschung. Die Abgeordneten vom Regierungsklub erklärten ihre Taktik hauptsächlich damit, daß bis zu dem Tage, an dem das gegenwärtig verpflichtende Budgetprovisorium abläuft, d. h. bis zum 1. Juli nur noch so wenig Zeit übrigbleibt, daß es zweifelhaft erscheint, ob der Senat in diesen wenigen Tagen die Möglichkeit haben wird, die Diskussion am Budget zu beendigen und ob der Sejm die Abänderungen des Senats bis dahin wird erledigen können. Die Abgeordneten des Regierungsklubs stützen sich auch darauf, daß nach dem Art. 24 des verpflichtenden Reglements im Falle der Ablehnung der durch den Senat zum Gesetz eingeführten Abänderungen mit einer geringeren Mehrheit als 11/20 das ganze Gesetz fällt. Unter diesen Bedingungen könnte der Sejm bei einer ungenügenden Mehrheit das ganze Budget durch die Abstimmung an einer einzigen Abänderung begraben. Wie dem auch sei, man diskutiert lebhaft über die Frage, was die Regierung z. B. mit dem Sejmbeschluß auf Streichung des ganzen Dispositionsfonds des Innenministers anfangen werde. Man sprach daher gestern im Sejm von der Möglichkeit des

Rücktritts des Innenministers Skladkowski

und nannte sogar schon den Namen seines Nachfolgers in der Person des gegenwärtigen Vizeministers Jaroszyński. Man nimmt an, daß sich im Sejm eine Mehrheit für die nachträgliche Bewilligung des Dispositionsfonds für den neuen Minister finden würde. Doch dies sind nur Gerüchte.

In den Wandelgängen des Sejm sprach man gestern auch davon, **daß die Parlamentssession Ende dieser Woche geschlossen werden dürfte.** Der Senat werde die Diskussion über das Budget bedeutend abkürzen. Man zweifelt sogar daran, daß die Referenten sprechen werden. Es wird angenommen, daß das Budget im Senat in zwei Sitzungen erledigt werden wird. Da keine Abänderungsanträge vorliegen, wird der Etat nicht mehr zum Sejm zurückkehren, dessen Session nach Verabschiedung des Amnestiegesetzes geschlossen werden dürfte. Da nach der Schließung der Session auch die Kommissionen nicht beraten dürfen, **so wird sich der Sejm auch nicht mehr mit den Wahlmißbräuchen und mit den Dekreten beschäftigen können.**

Der Beschluß der Budgetkommission des Senats auf Annahme des Budgets in der vom Sejm beschlossenen Form hat allgemeine Verwunderung ausgelöst. Offenbar hat sich zwischen Freitag und Montag etwas Besonderes ereignet, wenn die die Regierung unterstützenden Kreise sich mit dem durch eine vorübergehende Sejmmehrheit angenommenen Budget und seinen Kürzungen einverstanden erklären. Hat doch der Sejmklub des Regierungsblocks diese Mehrheit so hartnäckig, wenn auch ohne Erfolg zwei Monate lang bekämpft! Die „Gazeta Warszawska" kommt zu dem Schluß, daß wir vor einer neuen innerpolitischen Lage stehen, deren Richtlinien wahrscheinlich in den nächsten Tagen offenbar werden.

Das Amnestie-Gesetz im Sejm angenommen

Warschau, 20. Juni. (PAT) In der gestrigen Sitzung des Sejm wurde die Regierungsvorlage über die Amnestie in der von der Kommission beschlossenen Fassung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Bei der Besprechung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes betonte der Referent Abg. **Puzak** (PPS), daß die öffentliche Meinung die Amnestie aus Anlaß der Zehnjahrfeier der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens mit Befriedigung begrüße. „Dies ist", so sagte der Redner, „die erste Amnestie bei der Erleichterungen auch für die Kommunisten in Anwendung kommen sollen. Ausgeschlossen von der Amnestie sind u. a. Strafen wegen Spionage, Desertion, sofern sich der Deserteur nicht innerhalb eines Monats nach dem Inkrafttreten des Amnestie-Gesetzes bei den Behörden meldet, weiter vorsätzlicher Mord, Raub, Geldfälschung, Mädchenhandel, Schmuggel, sowie Vergehen der Beamten zum Schaden des Staates. Politische Vergehen im Heere unterliegen ebenfalls nicht der Amnestie."

Eine längere Analyse über Zweck und Umfang des Amnestie-Gesetzes gab hierauf

Vizeminister Car,

der erklärte, daß das Regierungsprojekt keine gewöhnliche Gesetzesvorlage sei. „Es ist ein Akt von gewisser historischer Bedeutung, der mit dem Leben des wiedergeborenen polnischen Staates im Zusammenhange steht, der jetzt den Abschnitt eines angestrengten Kampfes um die Festsetzung der Grenzen und die Festlegung der ersten Fundamente der Rechtsordnung in bezug auf die Sicherung des gehörigen Platzes in der Sphäre der internationalen Beziehungen hinter sich habe. Polen will die traurigen Blätter der Vergehen vergessen, die der Vergangenheit angehören werden, und reicht denen in Freundschaft die Hände, die in der Krisenperiode mit Feuer und Schwert die Grundlagen seiner Existenz gefährdeten. Möge diese Amnestie für diejenigen Personen in vollem Umfange angewandt werden, möge sie den Beginn der Aera einer normalen Zusammenarbeit bedeuten.

Die teilweise Amnestie soll Personen zugute kommen, die sich Vergehen aus politischen, nationalen, religiösen, sozialen und wirtschaftlichen Motiven haben zuschulden kommen lassen. Pressevergehen, die auf der Beleidigung von Behörden und Beamten beruhen, fallen vollständig unter die Amnestie. Die Regierung hält es für möglich, die teilweise Amnestie, wenn auch in etwas beschränkterem Umfange auch solchen Personen zu gewähren, die auf illegalem Wege, oft in engem Einvernehmen mit fremden Faktoren, vor dem 3. Mai 1926 die kommunistische Struktur einzuführen beabsichtigten. Diesen Personen kann ein Drittel der Strafe, Minderjährigen die Hälfte (!!) geschenkt werden. Die teilweise Amnestie kommt auch Personen zugute, die wegen gemeiner Vergehen verurteilt wurden. Weiter sieht die Amnestie vor, daß statt auf Todesstrafe auf 15 Jahre Zuchthaus zu erkennen ist, lebenslängliches Gefängnis wird auf zehn Jahre gemildert. Strafurteile bei einem Disziplinarverfahren fallen ebenfalls unter die teilweise Amnestie. Die Beschränkung dieser Amnestie wurde nur von der Sorge um die Sicherheit des Staates diktiert."

„Dieser ganze Akt hat seine Quelle in der Souveränität des freien polnischen Staates. Ausländische Faktoren haben nicht den geringsten Einfluß auf die Entscheidung der Regierung nach dieser Richtung hin. (Das hat auch niemand behauptet. D. R.) Ihre unzulässige Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten rührt entweder aus der ungenauen Kenntnis unserer Verhältnisse her, oder sie ist das Ergebnis einer bewußten verleumderischen Aktion, die von Elementen betrieben wird, welche unserem Staate feindlich gesinnt sind. Unser Gefängniswesen ist nicht schlechter als der Stand, der in den Staaten besteht, die an der Spitze der westeuropäischen Zivilisation marschieren. Hervorragende Ausländer, die unsere Gefängnisse besichtigt haben (alle? D. R.) und eine gewisse Objektivität an den Tag legen, haben dieser Feststellung in ihren Blättern Ausdruck gegeben. Die Zahl der Gefangenen hat in den letzten Monaten eine ziemlich bedeutende Verringerung erfahren. Im Vergleich zum März verringeete sich diese Zahl um 1563 Personen. Im Jahre 1927 hat der Präsident der Republik 1701 Personen begnadigt. Bei 36 Todesurteilen, die im Jahre 1927 gefällt wurden, erfolgte die Begnadigung in 34 Fällen. Es hat auch nicht ein Todesurteil für politische Vergehen gegeben."

Zum Schluß erklärte der Vizeminister, daß die Abänderungen und Ergänzungen der Kommission von der Regierung angenommen wurden, so daß die Regierung diese Projekte als ein integrales Ganzes betrachte. Eine wesentliche Änderung müßte den weiteren Standpunkt der Regierung in dieser Sache beeinflussen.

In der Diskussion

wurden dennoch verschiedene Abänderungsanträge eingebracht. U. a. forderte der Ukrainische Klub, daß die Amnestie auf alle Vergehen bis zum 3. Mai 1928 ausgedehnt werde. Der jüdische Klub will die Amnestie auf die Kommunisten in vollem Umfange angewendet wissen.

In der Abstimmung wurden sämtliche Abänderungsanträge abgelehnt, worauf das ganze Amnestiegesetz in dem von der Kommission vorgeschlagenen Wortlaut in zweiter und dann auch in dritter Lesung zur Annahme gelangte.

Chorzow.

Haag, 19. Juni. (PAT.) Der Ständige Internationale Gerichtshof hält am 21. d. M. die erste öffentliche Sitzung seiner 14. Session ab. In dieser Sitzung wird der Gerichtshof die Erklärungen der Vertreter der beiden Parteien (Deutschland und Polen) im Chorzow-Prozeß entgegennehmen.

Die kühnen Litauer.

Am vergangenen Sonntag fand in der litauischen Hauptstadt Kowno eine Tagung der Schützenorganisation der Schaulissen statt, an der 380 Vertreter aus der Provinz teilnahmen. Anwesend waren auch der Präsident der Republik Smetona, Premierminister Woldemaras, Kriegsminister General Daukantas und zahlreiche zivile und militärische Würdenträger. Es wurden mehrere Reden gehalten, die gegen Polen gerichtet waren und in denen man auf die große Bedeutung der Schützenverbände für die Wiedererlangung von Wilna hinwies. Ministerpräsident Woldemaras erklärte in seiner Rede u. a. folgendes:

„Die Liste der Toten in den Kämpfen um die Unabhängigkeit Litauens ist noch nicht abgeschlossen. Die Liste der Gefallenen wird noch durch neue Namen ergänzt werden müssen, **wenn der Augenblick kommt, da Litauen um seine Unabhängigkeit und um die Wiedererlangung von Wilna kämpfen wird.** In der Auslandspresse erschien ein Projekt, nach welchem als Äquivalent für die Rückgabe Pommerellens an Deutschland Polen einen Zugang zum Meer über Memel erhalten wird. Man kann also damit rechnen, daß sich Europa bemühen wird, Litauen zur Annahme dieses Projektes zu zwingen. Litauen muß daher in ständiger Bereitschaft sein. Wird sich Europa davon überzeugen, daß das litauische Volk einig ist, so wird es sich nicht erdreisten, an Litauen solche Forderungen zu stellen." Zum Schluß gab Woldemaras der Hoffnung Ausdruck, daß der Augenblick kommen werde, **da die Schaulissen mit wehenden litauischen Fahnen in Wilna einziehen werden.**

Nach Woldemaras sprach der Kriegsminister General Daukantas. Er sagte u. a.: „In der Session des Völkerbundrates wollten die Großmächte Litauen zwingen, mit Polen Frieden zu schließen unter Bedingungen, deren Erfüllung die Unterordnung Litauens unter polnische Einflüsse bedeuten würde. Dieses Projekt vermochte man nicht zu verwirklichen, und die Sache wurde bis zur September-Session des Völkerbundes vertagt. In welcher Weise diese Frage gelöst werden wird, ist noch nicht bekannt. Die Großmächte wissen, daß Litauen weder den Krieg noch Blutvergießen will. Sollte man Litauen zwingen, seine Unabhängigkeit zu verteidigen, so wird das ganze litauische Volk bis zum letzten Atemzuge kämpfen, bis es den Sieg erringt."

Am Montag abend wurde die Tagung geschlossen. In einer der angenommenen Resolutionen heißt es, daß die litauische Regierung vor allem auf der Wacht der Interessen Litauens stehen und die Unabhängigkeit der litauischen Republik mit der Hauptstadt Wilna hüten müsse. **Bis zur Rückgabe Wilnas an Litauen seien normale Beziehungen mit Polen unzulässig.**

Tschitscherin erkrankt?

Moskau, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Infolge Erkrankung versieht Tschitscherin seit zwei Tagen keine Amtsgeschäfte. Amtlich spricht man von einer Erkältung, nichtamtlich von einer Nervenkrankheit, die mit jedem Tage ernster wird.

Vor einer Verständigung in Berlin?

Berlin, 20. Juni. (PAT.) Gestern mittag fand eine neue interfraktionelle Sitzung bei dem Abg. Müller-Franken statt, die etwa eine Stunde lang dauerte. Man diskutierte, wie die Presse meldet, über die Frage der Amnestie, über das Budget der Reichswehr und den Bau des Panzerkreuzers. In der Frage des Panzerkreuzers forderte die Sozialdemokratie kategorisch, von dem Bau abzusehen, doch das Zentrum und die Deutsche Volkspartei wollten sich damit nicht einverstanden erklären. In der Frage der Amnestie forderten die Sozialdemokraten die Verabschiedung dieses Gesetzes in dem allernächsten Arbeitsabschnitt des Reichstages, d. h. schon während des Sommers. Andere Parteien sprachen sich dagegen für die Vertagung der Amnestiefrage bis zum Herbst aus, und die Bayerische Volkspartei trat überhaupt gegen den Grundsatz der Amnestie auf, die von der Reichsregierung erlassen wird. Dies wäre nach ihrer Ansicht eine Verletzung der Souveränität der einzelnen Länder. Die Bayerische Volkspartei will die Amnestie nur für die Gefangenen in Anwendung gebracht wissen, die durch die Gerichte des Reichs verurteilt wurden.

Die demokratische und die Linkspresse erklärt, daß die gestrige Sitzung den Abschnitt der sogenannten ersten Lesung des Regierungsprogramms abgeschlossen habe. Im Laufe des gestrigen Tages erstatteten die Vertreter der einzelnen Parteien ihren Fraktionen Bericht über den bisherigen Verlauf der Arbeiten. Gleichzeitig hat der Abg. Müller-Franken auf Grund der bisherigen Diskussion das Projekt eines Regierungsprogramms ausgearbeitet, um es heute nachmittag in einer neuen interfraktionellen Sitzung vorzulegen.

In gut unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß **die Verständigung über die Bildung einer Regierung der großen Koalition binnen kurzem bevorsteht,** und daß der Abg. Müller das Programm der neuen Regierung noch heute bekanntgeben wird.

*

Rücktritt der bayerischen Regierung.

München, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Anläßlich des morgigen Zusammentritts des neuen Landtages ist die bayerische Regierung heute zurückgetreten. Sie wird die Geschäfte bis zur Neubildung des Kabinetts weiterführen.

Unterbrechung der deutsch-litauischen Verhandlungen

Kowno, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsche Delegation für die deutsch-litauischen Wirtschaftsverhandlungen, die seit Donnerstag hier weilte, hat gestern Kowno wieder verlassen. Die amtliche Telegraphen-Agentur „Elta" gab über die gepflogenen Beratungen mit der litauischen Delegation ein Communiqué heraus, in dem es heißt, daß die beiden Delegationen ihre Meinungen über eine Reihe von Fragen ausgetauscht hätten, die im Zusammenhange mit dem Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Litauen stehen. Die Verhandlungen hätten bedeutende Fortschritte gemacht. Die deutsche Delegation ist nach Berlin zurückgekehrt, um weitere Instruktionen einzuholen.

Republik Polen.

Przeździecki — Gesandter in Rom.

Warschau, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Ministerrat faßte in seiner gestrigen Sitzung den Beschluß, dem Präsidenten der Republik die Ernennung des Direktors des politischen Protokolls Stefan Przeździecki zum bevollmächtigten Minister und Gesandten bei der italienischen Regierung zur Unterzeichnung vorzulegen.

Ein Tscheche im polnischen Sejm.

Die wolhynischen Tschechen, die einmal im russischen Reiche sich als erste Russophile gebärdeten, schlossen sich bei den Wahlen zum polnischen Sejm der Pilsudskigruppe an und wurden dafür mit einem Abgeordneten beschenkt, der natürlich nach der Wahl dem Regierungsblock beigetreten ist. Der neue Abgeordnete, der 25 000 Tschechen in Polen vertreten soll, heißt Vl. Menuna und ist Vorsitzender der „Ceska Matice Skolska" in Wolhynien.

Der Onkel aus Amerika.

Am Sonntag ist George Harrison, der Vizegouverneur der Federal-Bank in Newyork und Leiter der Auslandsabteilung in Warschau eingetroffen. In dieser Eigenschaft spielte er eine hervorragende Rolle bei dem Abschluß der polnischen Stabilisierungsanleihe.

Beihilfe für die katholische Geistlichkeit.

Warschau, 20. Juni. Der Ministerrat beschloß in einer der letzten Sitzungen, der katholischen Geistlichkeit eine einmalige Beihilfe in Höhe von 22½ Prozent des Monatsgehalts zu bewilligen. (Und wo bleiben die Beamten?)

Aus anderen Ländern.

Das Frauenwahlrecht in England.

London, 19. Juni. (PAT.) Die Lordkammer nahm gestern in dritter Lesung den Gesetzesentwurf an, durch welchen den Frauen mit vollendetem 21. Lebensjahre das aktive Wahlrecht zuerkannt wird. Die Annahme des Projektes erfolgte ohne Diskussion. Da das Projekt bereits durch beide Kammern angenommen worden war, so ist es jetzt zum verpflichtenden Gesetz geworden.

Dieser Beschluß des Oberhauses kommt gerade noch zum Begräbnis der vor wenigen Tagen verstorbenen weltberühmten Suffragette Miß Emmeline Pankhurst zurecht, die vor dem Kriege mit lebhaftem Temperament und z. T. recht unfraulichen Waffen für das Frauenstimmrecht eingetreten war.

Rücktritt des Erzbischofs von Canterbury?

London, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In politischen Kreisen Londons glaubt man, daß der Erzbischof von Canterbury infolge der Ablehnung des abgeänderten englischen Gebetbuches durch das Unterhaus am Schluß der in der nächsten Woche stattfindenden Tagung der Diözesan-Bischöfe seinen Rücktritt erklären wird.

Pommerellen.

20. Juni.

Graudenz (Grudziądz).

z **Die Staatsbeamten fordern.** Aus allen Landesteilen kommen gegenwärtig Nachrichten von Protestkundgebungen, die sich aber diesmal weder gegen Calonder noch gegen die bösen Deutschen richten. Nur die Staatsbeamten werden rebellisch, weil die verlangte Aufbesserung ihrer Gehälter ihnen nur immer wieder versprochen, aber niemals bewilligt wird. So mancher Bürger und Steuerzahler wird diesem Problem sehr wenig wohlwollend gegenüberstehen, weil er weiß — und das ist ja das Unglück der polnischen Steuergesetzgebung —, daß die Regierung erklärt hat: nur durch neue Steuern könne sie eine Erhöhung der Beamtengehälter durchführen. Es ist leider Tatsache, daß die Besoldung der mittleren und unteren Beamtengruppen durchaus ungenügend ist. In Graudenz fand am vergangenen Sonntag eine von etwa 500 Beamten besuchte Versammlung statt, die in äußerst energischem Ton die Erhöhung der Gehälter forderte. Ein Redner aus Warschau, Duda, berichtete, wie die Beamtendelegationen viermal beim Vizepremierminister Bartel vorsprachen und er dreimal ihnen eine Erhöhung versprach und zusicherte und sie das viertemal überhaupt nicht empfing. Alle Versprechungen blieben ohne Erfüllung. Postinspektor Stoszko aus Graudenz berichtete, wie die pensionierten Beamten z. B. in Lemberg mit Erlaubnis der Behörden eine öffentliche Sammlung für sich veranstaltet haben. Es wurde in einer Resolution etwa folgendes festgestellt: Die Not der Staatsbeamten ist bereits sprichwörtlich geworden. Seit der polnische Staat besteht, benachteiligt er seine Beamten. Um den Preis ihrer Not wird das Wirtschaftsleben ausgebaut. Zur Befriedigung der brennendsten Notwendigkeiten wird gefordert: 1. Im Juni Auszahlung der bis jetzt nicht bezahlten Wohnungsgeldzulage für 1928. 2. Gehaltserhöhung von mindestens 25 Prozent, beginnend mit dem 1. Juli d. J. *

× **Öffentliche Ausschreibung.** Der Magistrat will die Neutünchung des Schloßbergstraße 28 gelegenen Gebäudes nebst Lieferung aller Materialien im Submissionswege vergeben. Offerten sind in verschlossenen Umschlägen mit der Aufschrift „Oferta na olynkowanie budynku ulica Zamkowa Nr. 28" an den Magistrat (Bauamt) einzureichen. Daselbst können gegen Entgelt Offertenmuster erworben sowie die Lieferungsbedingungen eingesehen werden. *

× **In der Fürsorge für das geistige Wohl der Gefangenen** geht man in Graudenz recht weit. So wurde am Montag von dem Stadttheaterensemble im Zuchthause eine Vorstellung für die Häftlinge gegeben, die den Vorgängen auf der Szene mit Spannung folgten. Demnächst soll eine weitere Vorstellung in der Strafanstalt stattfinden. *

× **Der Autobus**, der die Verbindung unserer Stadt mit Neuenburg (über Lubin, Montau) vermittelt, fährt bereits, da der jetzige Zustand der Chausseeumpflasterungsarbeiten es gestattet, wieder auf seiner gewöhnlichen Strecke (also nicht mehr, wie es zeitweise erforderlich war, über Warlubien). *

× **Über einen Seidenschmuggel aus Danzig nach Polen**, bei dem auch Graudenz von den Paschern berührt worden sein sollte, wurde dieser Tage von auswärtigen Zeitungen berichtet. Um die Sache interessanter oder, wenn man will, gruseliger zu gestalten, war davon die Rede, daß die Schmuggler sich zum Transport der Seide eines Sarges bedient hätten. Von der hiesigen Kriminalpolizei angestellte Ermittelungen haben ergeben, daß die ganze Seidenschmuggelgeschichte in das Reich der Fabel gehört. *

× **Drei Brände** ereigneten sich dieser Tage. Am Freitag brannte in einem Keller des Hauses Courbierestraße 7 ein Strohsack. In wenigen Minuten konnte die Wehr, die bei der Unterdrückung des Brandes infolge starker Rauchentwicklung Schutzmasken benutzen mußte, die Flammen ersticken. — Sonntag nacht 2 Uhr wurde die Feuerwehr nach Oberbergstraße 12 gerufen, wo aus Laden und Wohnung eines Mieters starke Rauchschwaden drangen. Die Wehr stellte fest, daß es im Laden an zwei Stellen brannte. Die Wehr löschte in etwa 20 Minuten das Feuer. Auf Anordnung des Feuerwehrkommandanten hatten die Einwohner bis zur Beseitigung jeder Gefahr ihre Wohnungen verlassen müssen, weil Gefahr der Rauchvergiftung bestand. — In Brand geriet ferner am Montag abend 9½ Uhr bei der einen der beiden Benzinstationen auf dem Getreidemarkt, während man mit der Versorgung eines Autos mit Benzin beschäftigt war, ein Teil dieser Flüssigkeit. Im Nu schlug eine Flamme in der Höhe der Säule der Station empor. Die Situation erschien recht bedrohlich. Der zufällig vorbeikommende Polizeiwachtmeister Pasiak veranlaßte mit Hilfe einiger Personen das schleunige Ersticken der Flamme mittels Sandes, der glücklicherweise in der Nähe lag, so daß weiteres Unheil vermieden wurde. *

× **In den Trinkekanal** stürzte Montag nachmittag gegen 4 Uhr ein vierjähriges Kind namens Łojewski. Der Vorfall ereignete sich bei der Mündung der Trinke in die Weichsel. Dank des sofortigen Eingreifens des Schneidermeisters Karpyński, der mit seinem Kahn herbeieilte und das ins Wasser gefallene Kind den Fluten entriß, wurde dies vor dem Ertrinkungstod bewahrt. *

× **Wieder eingefunden** hat sich der Setzerlehrling Konstanty Szerbarth, der, wie mitgeteilt, seit einigen Tagen verschwunden war. Der junge Mensch war per Rad nach Bromberg gefahren. Nach gewissen Erlebnissen wurde er vom Vater nach Hause geholt und war darauf einige Tage zur Beobachtung seines Nervenzustandes im Krankenhause. Gegenwärtig befindet er sich wieder im Elternhause. *

× **Aus der Polizeichronik.** Festgenommen wurden vier Personen, und zwar zwei wegen Trunkenheit und Ruhestörung und zwei wegen Diebstahls und Vagabondage. *

Thorn (Toruń).

—dt. **Die Neuwahlen zu den Ausschüssen der Handelskammer** finden, wie die hiesige Handels- und Gewerbekammer mitteilt, im September statt. Selbständige Handwerker, welche im Vorjahre kein Handelspatent besaßen, werden sich mit einer Bescheinigung der Ortsbehörde versehen müssen, aus welcher hervorgehen muß, daß sie selbständig sind. **

—dt. **Telephonverkehr mit Deutschland.** Wie das hiesige Hauptpostamt mitteilt, sind mit dem 16. Juni noch folgende deutsche Städte zu Ferngesprächen zugelassen: Hannau, Heyde, Riesa und Zwickau in Sachsen. Das Drei-Minutengespräch beträgt ebenfalls 1 Goldfrank. **

‡ **Die Front des ehemaligen Kommandantur-Gebäudes** in der Baderstraße, die schon recht ausbesserungsbedürftig war und gegen die renovierten Bürgerhäuser unangenehm auffiel, wird zurzeit wiederhergestellt. **

‡ **Zur öffentlichen Einsichtnahme** liegen die Pläne der projektierten Straßenverbesserungen bzw. Neubauten an der Culmer Chaussee (von Nr. 82—94) und in der Konduktstraße (von der Graudenzer- bis zur Bergstraße) vom 17. Juni bis zum 15. Juli im Städtischen Bauamt, Rathaus, Zimmer 51, aus. Einsprüche gegen die Projekte müssen innerhalb dieser Zeit beim Magistrat schriftlich eingereicht werden. **

—dt. **Die Ausstellungshalle** für die Gartenbauausstellung im Stadtpark ist bis auf die Glaser- und Innenarbeiten beendet. Wo das „Moniuszko-Denkmal" gestanden, wird eine Fontaine errichtet. Neben sämtlichen Pflanzen, Bäumen und Sträuchern sollen auch Fasanen, Dam- und anderes Wild durch die städtische Forstverwaltung ausgestellt werden. **

—dt. **Ein Wasser-Großflugzeug**, das sich auf der Fahrt von Puck nach Warschau befand, ging am vergangenen Sonntag auf der Weichsel in der Nähe von Wieses Kämpe nieder, um nach einer halben Stunde wieder weiter zu fliegen. Wie verlautet, soll dieses Flugzeug kurz vor Warschau abgestürzt sein, da der Motor in Brand geraten war. Menschenleben sind nicht zu beklagen. **

‡ **Der Dienstag-Wochenmarkt** fand bei richtigem „Aprilwetter" statt. Schönster heller Sonnenschein wechselte mit mehr oder weniger heftigen Regengüssen in kurzer Reihenfolge ab. Trotzdem war der Verkehr aber recht lebhaft und das Angebot auch diesmal der Nachfrage wieder weit voraus. Besonders viel wurde wieder Butter mit 2—2,50 angeboten, man konnte aber gute Kochbutter auch schon zu 1,80 finden. Glumse kostete 0,50—0,60, Sahne 2,40. Für Eier wurden 2,30—2,60 gefordert. Auf dem Geflügelmarkt wurden junge Hühnchen heute bereits mit 3—5,00 pro Paar gehandelt. Der Fischmarkt wies bei großer Auswahl nur geringe Preisschwankungen auf. Als Neuheit wurden die ersten frischen Kartoffeln mit 1,50 das Pfund (!) angeboten. Winterkartoffeln kosteten wie bisher 5—6,00 der Zentner. An Obst sah man: Kirschen zu 0,80—1,00, die schon gern gekauft wurden, Stachelbeeren zu 0,50—0,60, Äpfel zu 2—2,50 das Pfund, Apfelsinen zu 0,40—1,20, Zitronen zu 0,15—0,25 das Stück, ferner Erdbeeren zu 4—5,00 das Pfund! Gemüse wurde wie folgt gehandelt: Spargel 0,60—1,80, Tomaten 4,00, Blumenkohl 0,50—1,50, Gurken 0,40—1,00, Spinat 0,20—0,30, Rhabarber 0,20, Sauerampfer 0,10, Kopfsalat 0,10—0,20, Kohlrabi 1,20—2,00, Zwiebeln 0,15—0,20, Karotten 0,20—0,30, Radieschen 0,10—0,15, Schnittlauch 0,05, Petersilie 0,10, alles in den üblichen Mengen. Blumen, besonders Schnittblumen, waren überreichlich zu haben. **

‡ **Eine Eifersuchtsszene** spielte sich dieser Tage vor dem Militärfamilienhause bei der Reformierten Kirche und dem niedergerissenen Culmer Tor ab. Eine weibliche Person gab auf einen hier vorbeigehenden Handwerksmeister aus einem Revolver zwei Schüsse ab, die ihr Ziel glücklicherweise aber verfehlten. Sowohl der Angegriffene als auch andere Passanten stürzten sich auf

Thorn.

Graudenz.

Kirchenzettel.
Sonntag, den 24. Juni 28.
(3. n. Trinitatis.)

Schönsee. vorm. 10 Uhr Gottesdst., Pfr. Dahl. 11 Uhr Kdr.-Gottesdienst.

Osterbitz. Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst. — Nachm. 3 Uhr: Haupt-Gottesdienst, Pfarrer Dahl.

Gollub. Nachm. 5 Uhr: Predigt-Gottesdienst, Pfr. Dahl.

Wittenburg. Nachm. 5 Uhr: Gottesdienst, Pfr. Jeroschewitz.

Culmsee

die Revolverheldin, um ihr die Waffe zu entreißen. Dabei soll sie auch noch gehörig verprügelt worden sein, so daß sie sicherlich froh gewesen sein dürfte, als die Polizei auf dem Schauplatz ihrer Tat erschien. * *

—* **Herrenlose Hunde** belästigen wieder die Straßenpassanten. So wurden in der vergangenen Woche an einem Tage zwei Personen von solchen Hunden auf der Straße gebissen. In beiden Fällen konnten die Hundebesitzer namhaft gemacht werden, welchen die Beißlust ihrer Lieblinge teuer zu stehen kommen wird. * *

—* **Diebstähle.** Einem Einwohner des Hauses Schlosserstraße 4 wurde ein Mantel, einem Mieter des Hauses Waldstraße 20 ein Mantel nebst Aktentasche gestohlen. In beiden Fällen konnten die Diebe noch nicht ermittelt werden. * *

---

h. **Lautenburg** (Lidzbark), 18. Juni. Eichung von Gewichten. In der Zeit vom 18. bis 28. d. M. wird hier ein fliegendes Eichungsamt tätig sein und die Eichung der Waagen, Gewichte und Meßgegenstände durchführen. Es ist Pflicht, angeführte Gegenstände nacheichen zu lassen, denn Besitzer von nicht nachgeeichten Gewichten usw. machen sich strafbar; außerdem fallen die betreffenden Gegenstände der Beschlagnahme anheim.

d. **Stargard** (Starogard), 19. Juni. Die Feierlichkeiten der Schützengilde, die am 17. d. M. begannen, fanden gestern ihren Abschluß. Schützenkönig wurde Franz Szczodrowski, erster Ritter Karl Karpenkiel, zweiter Ritter Wejrowski. Wanderpreise erhielten: Boehlke, Leingartner und Longaer. — Gestern drangen während der Abwesenheit des Besitzers Diebe in die Wohnung des Klempnermeisters Leingartner ein und stahlen hierbei zwei Zehn-Markstücke in Gold, Zigarren usw. Der Schaden ist beträchtlich.

u. **Strasburg** (Brodnica), 19. Juni. Der letzte Wochenmarkt, vom schönsten Wetter begünstigt, war reich beschickt, auch die Nachfrage war sehr groß. Für Butter zahlte man 1,90—2,30, Eier kosteten 1,90—2,20, Glumse 0,60 bis 0,70, Kartoffeln 5—6,50 pro Zentner. Der Geflügelmarkt war mit jungen Hühnchen (pro Paar 3,50—4,50), Tauben (0,80—1,10), Suppenhühnern (4,50—5,50) und Enten (5—6,50) reich beschickt, ebenso war der Fischmarkt reich mit Süßwasserfischen versehen; die Preise waren unverändert. Gemüse war sehr reichlich vorhanden und preiste wie folgt: Blumenkohl 0,70—1,20, Rhabarber 0,30—0,40, Zwiebeln 0,30 bis 0,40, Kohlrabi pro Mandel 1,40—1,70, Radieschen 0,20 bis 0,30, Salat 0,20—0,30, Spinat 0,15—0,30, Sauerampfer 0,10—0,20, Mohrrüben 0,40—0,60, Spargel 0,70—1,50 Zloty. — Der hiesigen Polizei ist es gelungen, einen Dieb, aus Targowisko, Kreis Löbau, stammend, festzunehmen. Er ließ sich in die Pfarrkirche in Goßlershausen (Jabłonowo) bei Strasburg einschließen und beraubte die in der Kirche befindlichen Opferkästen ihres Inhaltes. — Ein schweres Verbrechen beging in diesen Tagen ein Landarbeiter in Tokrzydowo hiesigen Kreises. An einer einsamen Stelle überfiel er ein aus der Schule zurückkehrendes siebenjähriges Mädchen, warf es zu Boden und vergewaltigte es. Um das Kind am Schreien zu verhindern, steckte er ihm einen Knebel in den Mund. In hoffnungslosem Zustande wurde das Kind aufgefunden. Der Täter konnte nach einiger Zeit festgenommen und ins Gerichtsgefängnis nach Strasburg gebracht werden.

m. **Subkau** (Kr. Dirschau), 18. Juni. Zwei Opfer der Weichsel. Die Gebrüder Dunaiski aus Subkau waren in Rybaki mit dem Legen von Angelschnüren auf der Weichsel beschäftigt. Beim Befestigen derselben legte sich der Kahn zur Seite und der ältere Bruder fiel in den Strom. Der jüngere wollte ihn retten, wurde jedoch von dem Ertrinkenden mit in die Tiefe gerissen. Beide ertranken. Die Leiche des einen konnte bereits geborgen werden, während alles Suchen nach der anderen ergebnislos verlaufen ist.

Rundschau des Staatsbürgers.

Arbeitslosenversicherung.

Nach der Verordnung des Ministers für Arbeit und öffentliche Fürsorge vom 31. Mai (Dziennik Ustaw Nr. 57) ist der in Art. 7 des Gesetzes vom 18. Juli 1924 über die Arbeitslosenversicherung festgesetzte Höchstarbeitslohn, der zur Grundlage für die Berechnung der Beiträge dient, von 6,60 auf 7,50 heraufgesetzt worden.

Bromberg — Bydgoszcz.

Bromberg, 18. Juni. Es gibt patriotische Gefühle, die selbst den alten Rechtsgrundsatz „ne bis in idem", nach dem in einer Sache nicht doppelt verhandelt werden darf, „enteignen" wollen. Da kann es nicht wundernehmen, daß die **„Deutsche Rundschau"** dieser Tage **zum achten Mal unter der gleichen Anklage** stand, weil sie mit konstanter Bosheit nicht in „Bydgoszcz" sondern immer noch in „Bromberg" erscheint. Im Laufe von zwei Jahren war der verantwortliche Schriftleiter der „Deutschen Rundschau" Johannes Kruse von der Anklage wegen des gleichen Vergehens bereits siebenmal in der ersten bzw. zweiten Instanz freigesprochen worden. Doch der Staatsanwalt glaubt das gute Recht zu haben, täglich eine neue Anklage gegen uns zu erheben, da wir uns — ebenso wie die Minderheitenpresse aller Nationen in allen Ländern — täglich des gleichen Vergehens schuldig machen. Besonders die polnische Presse in Deutschland „sündigt" in dieser Beziehung schwer. Nur fällt es selbstverständlich keinem deutschen Staatsanwalt ein, ihr deshalb den Prozeß zu machen.

Am vergangenen Donnerstag, dem 14. d. M., bildete die Nr. 205 der „Deutschen Rundschau" vom September v. J. den Stein des Anstoßes, und der Staatsanwalt machte dem Verantwortlichen den Prozeß, der nunmehr vor dem Bromberger Schöffengericht zum Austrag kam. Der Angeklagte Kruse machte zu seiner Verteidigung dieselben Argumente geltend, die bis jetzt immer in dieser Sache zum Freispruch geführt haben, und wies im besonderen auf den internationalen Brauch hin, den Erscheinungsort der Zeitung in der Sprache anzugeben, in der die Zeitung herausgegeben wird. Der Staatsanwalt hielt aber auch diesmal die Klage aufrecht und beantragte eine **Geldstrafe von 50 Zloty.** Das Gericht schloß sich jedoch nach kurzer Beratung dem Standpunkt des Angeklagten an und erkannte auf Freispruch.

Mit Spannung sehen wir der nächsten Anklage in der gleichen Sache entgegen und bedauern nur, daß dem Gericht ohne unser Verschulden soviel unnötige Arbeit aufgetragen wird. Welches Interesse hat nur der Staatsanwalt daran, vor der Welt intoleranter zu erscheinen, als dies nach internationalem Brauch üblich ist? Glaubt er damit dem Interesse des Staates zu dienen?

Die Bremenflieger in Bremen.

Empfang im Rathaus.

Die drei Ozeanflieger hatten Dienstag vormittag in Bremerhaven den Lloyddampfer „Columbus" verlassen und ein blumengeschmücktes Auto bestiegen. Von Vertretern des Bremer Senats geleitet, waren sie dann auf der Chaussee nach Bremen gefahren und wurden an der Stadtgrenze von den dort aufgestellten 2000 Automobilen, die aus allen Teilen Deutschlands, vom Allgemeinen Deutschen Automobilklub aufgerufen, zum Empfang der Flieger erschienen waren, begrüßt.

In langsamer Fahrt ging es dann durch die Straßen der Stadt, die bis in die äußersten Vorstädte hinein mit Fahnen und Girlanden geschmückt waren. Bei strahlendem Sonnenschein fuhren die Wagen durch die engen Straßen der Altstadt, wo Tausende von Schulkindern den Fliegern eine stürmische Huldigung bereiteten. Papierschlangen und Blumen fielen auf die Flieger herab, als sie in ihrem hellgrünen Auto, eskortiert von einer reitenden Abteilung der Schutzpolizei, sich dem Marktplatz näherten.

Vor dem Rathause stand eine Ehrenkompanie der Reichswehr. Die Flieger dankten glückstrahlend nach allen Seiten. Es war ein wahrer Blumenregen über sie hereingebrochen, so daß, als das Auto vor der Rathauspforte hielt, sie buchstäblich aus den Blumen herausgeschält werden mußten. Im folgenden Wagen saßen die Gattinnen von Koehl und Fitzmaurice mit dessen kleinem Töchterchen, im dritten Wagen die alte Mutter Hünefelds mit ihrem feinen durchgeistigten Gesicht.

Der feierliche Empfang der Flieger fand in der oberen Festhalle des Rathauses statt, die mit den Emblemen der alten Hansestadt, mit Gemälden und mit tief von den braunen Deckenbalken herabhängenden großen Schiffsmodellen geziert ist. Nach dem Einzug des Senats wurden, vom jubelnden Beifall der Festgäste begrüßt, die drei Eroberer der Luft von rotbefrackten Senatsdienern in den Saal geleitet. Nach einer Ouvertüre und dem vom Lehrergesangverein gesungenen A-cappella-Chor „Nach neuen Meeren" hielt der Präsident des Senats, der greise Bürgermeister Dr. Donandt, die Begrüßungsansprache und überreichte am Schluß den Siegern die zum erstenmal verliehene Große Goldene Ehrenmedaille Bremens. Es erwiderte zunächst Hauptmann Koehl, der der Stadt Bremen seinen Dank dafür aussprach, daß sie hauptsächlich die Grundlage für den Flug gelegt hat. Fitzmaurice dankte mit kurzen herzlichen Worten, sichtlich bewegt, mit leiser Stimme, und zum Schluß Freiherr von Hünefeld.

Nach weiteren Musikstücken wurde die eindrucksvolle Feier beendet und die Flieger wieder aus dem Rathaussaale, gefolgt von ihren Angehörigen, die ebenfalls wie die Flieger tief bewegt waren, hinausgeleitet.

Amundsen bei Nobile gelandet.

Oslo, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach hier eingegangenen Informationen ist Amundsen zusammen mit Guilbaud auf dem französischen Flugzeug neben einer Eisscholle gelandet, auf der sich Nobile befindet. Amundsen nahm zu seinem Fluge einen Benzinvorrat mit, der zur Zurücklegung einer Strecke von 3000 Kilometern reichte, was ihm den direkten Flug von Kingsbay zu Nobile ohne Zwischenlandung ermöglichte.

Kleine Rundschau.

* **Siebzehn Jahre geschlafen.** Der längste Dauerschlaf, der je bekannt wurde, ist der einer Französin, der „Schläferin von Themelles", die ununterbrochen siebzehn Jahre lang in schlafendem Zustand verblieben ist. Eine physische Erschütterung war die Ursache dieses merkwürdigen Schlafes.

* **Die Tücke des Druckfehlerteufels.** Wohl niemand, der in irgend einer Verbindung mit der „schwarzen Kunst" steht, sei es als Genießender, d. h. als Leser, sei es als Ausübender, d. h. Schriftsteller oder Buchdrucker, ist von dem tückischen Walten des boshaften kleine Koboldes, den man den Druckfehlerteufel nennt, ganz verschont geblieben. In ganz besonderer Weise hat sich aber anscheinend ein großer Pariser Verlag der zweifelhaften Gunst dieses Teufelchens zu „erfreuen", gegen welchen jetzt zur gleichen Zeit vier der namhaftesten französischen Autoren Schadenersatzklagen angestrengt haben, weil ihre durch ihn veröffentlichten Werke von Druckfehlern nur so wimmeln. Einer dieser Schriftsteller fand in der letzten Ausgabe seines Romans nicht weniger als 543 Druckfehler, die zum Teil völlig sinnentstellend wirkten und er verlangt daher, daß diese Ausgabe zurückgezogen und neu hergestellt werde; außerdem beansprucht er einen Schadenersatz von 80 000 Frank. Der Verlag seinerseits macht geltend, daß in keinem Lande der Welt die Autoren so nachlässig und unleserlich geschriebene Manuskripte abzuliefern pflegen, wie in Frankreich. — — Aber diese Feststellung wird ihm wohl nicht viel nutzen.

Die erste glückliche Ozeanfliegerin.

Frauen als Pilotinnen.

Die Frau als Fliegerin, das ist heute kein Schlagwort mehr, es ist ein Begriff geworden. Es gibt kaum eine Sportart, die so rasch Frauen zugänglich geworden ist wie das Fliegen. Das mag daran liegen, daß die Fliegerei zu einer Zeit groß geworden ist, als die sportliche Betätigung der Frau schon zur Selbstverständlichkeit gehörte. Und so finden wir denn in der Geschichte des Fliegens zahlreiche Namen von Frauen, die teils durch ruhmreiche Leistungen, teils durch ihr tragisches Ende von sich reden gemacht haben. Es ist nicht allein Sensationsgier, die die Frau dazu geführt hat. Lust und Liebe zur Fliegerei selbst, zur sportlichen Betätigung führen auch jetzt noch immer neue Scharen von Flugschülerinnen in die Fliegerschulen. Von dieser Bewegung sind nicht allein die Kulturstaaten des alten und neuen Westens ergriffen, sondern auch die exotischen Staaten. Die Königin von Mesopotamien ist eine kühne Pilotin, in China und Japan gibt es Hunderte von Fliegerinnen und Flugschülerinnen, und die Fliegerin Frl. Boku gilt auf Korea als Nationalheldin.

Welcher Frau der Anspruch zuerkannt werden kann, sich als erste Aviatikerin betätigt zu haben, läßt sich nur schwer feststellen. Jedenfalls sind uns aus dem Altertum und dem Mittelalter, als sich schon viele Männer mit dem Problem des Fliegens befaßten, keine Frauennamen bekannt. Die erste Aviatikerin scheint Frau Elisa Garnerin gewesen zu sein. Sie war die Gattin Leon Garnerins, der sich besonders mit dem Problem des Fallschirmes beschäftigt hatte. Schon im Jahre 1797 gelang Garnerin, einem Schüler Charles, der erste Absprung. Er war bis zu einer Höhe von 3560 Metern aufgestiegen und ließ sich dann mit einem Fallschirm, den er nach Plänen Lianordo da Vincis angefertigt und selbst verbessert hatte, herab. Erst bei 1000 Meter Höhe öffnete sich der Fallschirm. Der erste Absprung war geglückt. Unterstützt wurde Garnerin hauptsächlich von Angehörigen seiner Gattin und ihr selbst, die eines Tages sogar selbst den Absprung wagte und ihn in der Folgezeit noch öfter wiederholt hat. Von der Kühnheit ihrer Experimente können die Blätter jener Zeit nicht genug rühmen. Sie soll in ihren Leistungen nur noch von ihrer Tochter übertroffen worden sein. Dabei darf man allerdings nicht vergessen, daß der Fallschirm inzwischen wesentlich verbessert worden ist, daß er z. B. statt ursprünglich 45 Kilogramm nur noch 4,5 Kilogramm wiegt.

Welch gewaltige Fortschritte die Leistungen der Frauenfliegerei inzwischen gemacht haben, kann man am besten daraus erkennen, daß es nunmehr auch einer Frau geglückt ist, **den Ozean im Non-stop-Flug vom Westen** nach Osten zu überqueren. Miß Earhardt hat auf dem Flugzeug „Freundschaft" mit Wilmer Stultz und dem Radiotelegraphisten Gordon an Bord das Ziel erreicht, dem schon so viele Frauen nachgestrebt haben, und um das Männer wie Frauen in den Tod gegangen sind. Die Vorbereitungen für den Ozeanflug hat sie in aller Heimlichkeit getroffen, und wenn nicht ein plötzlicher Witterungsumschlag eine vorzeitige Landung auch in Amerika notwendig gemacht hätte, würde man von dem ganzen Flug erst etwas gehört haben, nachdem die Flieger schon unterwegs waren. Der Non-stop-West-Ost-Flug als technische Leistung hat heute nichts Problematisches mehr an sich. Es bleibt jedoch die große fliegerische Tat, als die alle diese Flüge heute noch betrachtet werden müssen, besonders, wenn man berücksichtigt, daß eine Frau alle die Strapazen eines solchen Fluges ertragen hat und die Energie aufbrachte, die zur Durchführung des ganzen Unternehmens nötig ist. Gewiß, sie hat das Flugzeug nicht allein gesteuert. Sie begleitete der Pilot Stultz, der aber selbst noch nicht über große Erfahrungen verfügt, sondern noch ein ganz junger Flieger ist. Der Tag, an dem Miß Earhardt auf europäischem Boden landete, ist ein Großtag der modernen Frau, ein Sieg der modernen Weiblichkeit.

Schauen wir auf die große Schar von Fliegerinnen zurück, die sich um das gleiche Ziel, wenn auch mit weniger Erfolg, bemühten, müssen wir vor mancher, die den Versuch mit dem Leben bezahlte, das Haupt verneigen. Die Erste, die dem Transozeanflug zum Opfer fiel, war die 63jährige Fürstin von Löwenstein-Wertheim, die mit zwei englischen Piloten zusammen als erste Flugpassagierin den Ozean überqueren wollte. Man hat sich damals darüber gewundert, wieso die schon betagte Frau dazu gekommen ist, sich an einem solchen Unternehmen zu beteiligen. Man hatte vergessen, daß kaum eine Frau so dazu berufen war, wie die Fürstin Löwenstein-Wertheim, eine solche kühne Tat zu vollbringen. Denn sie zählte nicht allein zu den ersten Pionierinnen der Fliegerei, sie gehörte überhaupt zu denen, die die Flugzeug-Aviatik von den ersten Kinderschuhen an gefördert und unterstützt haben. 1864 in Methley Cark als Tochter des irländischen Grafen James Charles Meyborough geboren, heiratete sie am 15. Mai 1884 den bayerischen Fürsten Löwenstein-Wertheim. Ihre Mutter war die Schriftstellerin Agnes Raphael, und darum erhielt wohl auch das Flugzeug, in dem die englischen Piloten ihr Unternehmen wagten, den Namen „St. Raphael". Schon zwei Jahre nach ihrer Heirat fiel ihr Gatte auf den Philippinen. Die Fürstin wandte sich der Fliegerei zu und wurde Mitarbeiterin des Kapitäns Leslie Hamilton, mit dem sie viele bemerkenswerte Flüge, so u. a. auch den seinerzeit als großes Wagnis geltenden Flug über den Kanal ausführte. Nach dem Aufstieg zum Transozeanflug ist der „St. Raphael" verschollen geblieben. Ebenso tragisch endete auch der Versuch der Nichte Wilsons, Miß Grayson, den Ozean zu überfliegen. Auch sie wurde ein Opfer ihres Mutes. Glücklicher war Ruth Elders, die übrigens verheiratet ist, und, wenn sie nicht gerade Transozeanflüge ausführt, Miß Womack heißt. Sie wurde, nachdem das Flugzeug auf dem Meer zu einer Notlandung niedergehen mußte, mit ihren Begleitern im letzten Augenblick noch von Fischern gerettet. Für den Mut der jungen, schönen Amerikanerin sprach, daß sie erst kurz vor Antritt ihres Transozeanfluges das Pilotinnen-Examen abgelegt hatte. Weitere Opfer, die die großen Flüge der letzten Zeit an Frauenleben gekostet haben, sind Elsie Mackay, die Begleiterin Hinchcliffes, und Miß Doran, die beliebte junge amerikanische Fliegerin, die bei dem unseligen Honolulu-Flug, bei dem von fünf gestarteten Flugzeugen drei nicht ans Ziel kamen, verunglückte.

Nicht vergessen seien auch die Flugpilotinnen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts für das Fliegen eingetreten sind und ihren Opfermut mit dem Tod bezahlen mußten. Dazu muß man vor allen Nelly Beese rechnen. Schon vor dem Jahre 1914 hatte sie verschiedene Flüge ausgeführt und war mit dem französischen Aviatiker Charles Boutard verheiratet. Während des Krieges interniert, befaßte sie sich nach dieser Zeit wieder mit der Aviatik, vor allem mit dem Flugzeugbau. Sie konstruierte auch die erste Stahltaube, die praktisch Verwendung gefunden hat, die sogenannte „Nelly Beese-Taube". Nachdem sie sich 1923 hatte scheiden lassen, zog sie sich auf zwei Jahre von der Fliegerei zurück. Erst 1925 widmete sie sich wieder dem Fliegen. Doch stürzte ihr Apparat schon beim dritten Flug ab und wurde fast vollständig zertrümmert, während sie selbst wie durch ein Wunder ohne ernstliche Verletzungen davonkam. Aber Nelly Beese war mit ihren Nerven fertig. Die Leiden der Internierung, die Aufregungen der Nachkriegsjahre und ihres Privatlebens hatten sie so mitgenommen, daß sie fühlte, sie werde nie mehr die Sicherheit aufbringen, die nun einmal zur Aviatik nötig ist. Das nahm sie sich so zu Herzen, daß sie freiwillig ihrem Leben ein Ende machte.

Eines der ersten weiblichen Flugopfer war Fräulein Bernard, eine Französin. Im Jahre 1912 stürzte sie auf dem Flugunterrichtsplatz Blériots in Etampes, wo sie sich als Flugelevin betätigte, tödlich ab. Sie war erst 18 Jahre alt. Frankreich kann übrigens den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, daß in seinem Lande die erste Fliegerin Olga Fradis ausgebildet wurde, die mit 22 Jahren das Flugpatent erhielt.

Was Frauen auf dem Gebiete des Kunstfliegens zu leisten vermögen, hat vor allem die deutsche Aviatikerin, die in der ganzen Welt berühmte Thea Rasche, bewiesen, die nun doch von Old Orchard **mit einem neuen Bellanca-Eindecker nach Berlin zu starten gedenkt.** Das Flugzeug ist für Thea Rasche von der Frau des bekannten Bankiers James Stillman **gekauft worden.**

Juristische Rundschau.

Die Verantwortlichkeit des Staates.

Warschau, 18. Juni. Das Oberste Gericht hat unlängst ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung gefällt, das autoritativ die seit langer Zeit diskutierte und in verschiedenen Urteilen und Gesetzgebungen verschieden geregelte Frage der Verantwortung des Staates für Schäden löst, die einem Bürger durch Staatsbeamte zugefügt wurden.

Ein Schlosser, der in der Zitadelle arbeitete, wurde von einer blinden Kugel getroffen und verlor dadurch 25 Prozent seiner Arbeitsfähigkeit. Der Unfall wurde durch militärische Übungen im Bereich der Zitadelle hervorgerufen. Der Geschädigte strengte gegen den Staatsschatz die Zivilklage an und gewann den Prozeß in beiden Instanzen. Im Namen des Staatsschatzes reichte nun der Generalprokurator beim Obersten Gericht die Kassationsklage ein. Eines der wichtigsten Argumente der Prokuratur war der Einwand, daß der Staatsschatz die Verantwortung für die Taten seiner Beamten nur dann zu tragen hat, wenn sie in seinem Namen in der Eigenschaft als Bevollmächtigte auftreten, die privatrechtliche Interessen des Staates vertreten. Schießübungen von Soldaten hätten als Tätigkeit der Militärbehörden keine wirtschaftlichen Merkmale aufzuweisen, ständen im Zusammenhange mit der Notwendigkeit der Verteidigung der Grenzen des Staates, lägen daher im öffentlichen Interesse und somit könne der Staat für alle aus diesen Anordnungen sich ergebenden Konsequenzen keine Verantwortung übernehmen.

Das Oberste Gericht behandelte das Problem der Verantwortlichkeit des Staates für die erwähnten Schäden sehr eingehend, unter Heranziehung der neuesten Gesetzgebung des Auslandes. Die Frage der Verantwortlichkeit des Staates bestand bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fast überhaupt nicht; denn damals herrschte der Grundsatz, daß der Begriff „Staats-Souveränität" eine Verpflichtung des Staates zum Ersatz der Schäden, die durch seine Tätigkeit hervorgerufen wurden, ausschließe. Eine gewisse Wendung in dieser Beziehung erfolgte in Frankreich, wo Ende des 19. Jahrhunderts trotz des Mangels an ausdrücklichen Reichsbestimmungen unter Berufung auf die Billigkeit die Konzeption der sogenannten „faute du service public" geschaffen wurde, wobei zur Begründung einer Entschädigungspflicht die Feststellung genügte, daß der Schaden dem mangelhaften Funktionieren des Amtes zuzuschreiben sei. Allmählich wurde dieser Begriff erweitert, und man erkannte die Verantwortlichkeit des Staates nicht allein in dem Falle zu, wenn der Schaden bei der Erfüllung der öffentlichen Pflicht angerichtet wurde, sondern auch bei der Unterlassung der Erfüllung, ja, sogar bei Fahrlässigkeit.

In den letzten Jahren fand der Grundsatz der Verantwortung des Staates für Schäden, die durch die Tätigkeit seiner Organe entstanden sind, seinen Ausdruck in den konstitutionellen Gesetzen. Alle neuen Verfassungswerke enthalten Bestimmungen, welche die Verantwortung des Staates und der Selbstverwaltungen für Schäden regeln, die den Bürgern durch die Schuld der Organe der Staats- oder Selbstverwaltungsbehörde bereitet werden. In der Verfassung des Deutschen Reichs heißt es, daß, sofern ein Beamter bei der Ausübung des ihm anvertrauten öffentlichen Amts die auf ihm lastende amtliche Pflicht gegenüber einer dritten Person verletzt, die Verantwortung grundsätzlich der Staat trägt oder die Korporation, in deren Dienst der Beamte sich befindet. Die Konstitution der Tschechoslowakei bestimmt, wieweit der Staat für die Schäden verantwortlich ist, die durch die mit den Gesetzen im Widerspruch stehende Ausübung des öffentlichen Amts angerichtet werden. Ähnliche Bestimmungen enthalten: die Konstitution des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, sowie die Konstitution Rumäniens.

Durch den Art. 121 der polnischen Konstitution wird, im Gegensatz zu anderen Konstitutionen, die Verantwortung des Staates nicht allein auf die Organe der Zivilbehörden beschränkt, sondern auch auf die Militärbehörde ausgedehnt, wobei gleichzeitig die solidarische Verantwortung des Staates und des Beamten anerkannt wird. In dieser Materie sollte ein besonderes Gesetz erlassen werden, das jedoch bis heute noch nicht erschienen ist. In seiner folgenden allgemeinen Begründung sprach sich das Oberste Gericht für den Grundsatz aus, daß auch der Schaden, der durch den Staatsbeamten auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstes angerichtet wird, die Verantwortung des Staates zur Folge hat, sofern es sich nicht um einen amtlichen Akt handelt. Indem schließlich das Gericht die Verantwortung des Staates wegen der mangelhaften Einrichtung der Schießstände anerkannte, verwarf es die Kassationsklage der Generalprokuratur.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die vierprozentige polnische Investitions-Prämienanleihe war dieser Tage Gegenstand einer neuerlichen Beratung der Staatsschuldenkommission, die bekanntlich im Februar unter Vorsitz des damaligen Senatsmarschalls Trampczynski die Unterzeichnung abgelehnt hatte, unter der Begründung, daß die dem Staatspräsidenten erteilte Ermächtigung zum Erlaß von Gesetzesverordnungen sich nicht auf die Emission von Anleihen erstrecke. Mit der gleichen Motivierung beantragte der Abg. Trampczynski jetzt abermalige Ablehnung. Die Kommission unter Vorsitz von Professor Krzyzanowski beschloß jedoch die Bestätigung der Anleihe und beauftragte den Abgeordneten Byrka und Senator Januszewski mit der gesetzlich vorgeschriebenen Unterzeichnung der Anleihe-Obligationen. Der Finanzminister wird nunmehr in den nächsten Tagen den Termin zur Zeichnung dieser 50-Millionen-Zloty-Anleihe (25. Juni— 5. Juli) amtlich bekanntgeben. Die bereits auf den 1. April d. J. angesetzte, und später auf den 15. Juni verschobene 1. Auslosung dürfte nunmehr im Oktober erfolgen. Nach der schon in Nr. 21 des „Dziennik Ustaw" veröffentlichten Verordnung des Finanzministers werden insgesamt 10 Prämien zu 200 000 Zloty, 30 zu 50 000 Zloty, 15 zu 25 000 Zloty, 105 zu 10 000 Zloty, 733 zu 1000 Zloty, 3161 zu 500 Zloty, 11 046 zu 250 Zloty, zusammen 15 100 Prämien im Betrage von 10 Millionen Zloty nach einem besonderen Plan ausgelost. Diese Innenanleihe soll, wie schon früher erwähnt, zur Belebung der allgemeinen Bautätigkeit, sowie für Eisenbahninvestitionszwecke und zum Ankauf der achtprozentigen Goldanleihe von 1922, und der achtprozentigen Konvertierungsanleihe dienen.

Bank Przemyslowcow in Posen. Der Aufsichtsrat der Bank wird in den nächsten Tagen eine ordentliche Generalversammlung einberufen zwecks Bestätigung der Bilanz für 1927. Es ist eine Erhöhung des Kapitals auf 2½ Millionen Zloty vorgesehen. Wahrscheinlich werden von dem derzeitigen Kapital von 1½ Millionen Zloty 4 Prozent Dividende gezahlt werden.

Deutsch-Oberschlesien gegen Polens Beitritt zum Stahlkartell. Der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein in Gleiwitz nimmt in seinem Jahresbericht zu der Frage des Eintritts Polens in die Internationale Rohstahlgemeinschaft und ihres Wertes für die deutsche Eisenindustrie überhaupt eine pessimistische Stellung ein und erklärt: „Für den Beitritt zur Internationalen Rohstahlgemeinschaft verlange Polen neben der vollen Überlassung seines Inlandsmarktes ein erhebliches Kontingent für die Ausfuhr nach Deutschland, sowie eine starke Beteiligung an dem Absatz nach Südosteuropa. Deutschland habe beim Abschluß der Internationalen Rohstahlgemeinschaft schon an und für sich nicht sehr günstig abgeschlossen und mußte im Interesse der Preisgestaltung auf dem internationalen Markt erhebliche Opfer bringen. Eine Aufnahme Polens zu den geforderten Bedingungen würde für die deutsche, insbesondere die westoberschlesische Eisenindustrie den Wert der Internationalen Rohstahlgemeinschaft vielleicht überhaupt illusorisch machen. Nun kommt hinzu, daß auch auf dem Preisgebiet die Rohstahlgemeinschaft die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat, vielmehr sind trotz der getroffenen Abmachungen die Preise auf dem Weltmarkt 1927 weiter erheblich herabgegangen.

Polens Außenhandel über Danzig und Gdingen. Das Statistische Zentralamt in Warschau hat soeben die Zahlen über den Anteil von Danzig und Gdingen am polnischen Außenhandel im März veröffentlicht. Die Einfuhr über Danzig betrug im März 137 858 To. im Werte von 88,2 Mill. Zloty, die über Gdingen 7487 To. im Werte von 2,5 Mill. Zloty. Eingeführt wurden über Gdingen hauptsächlich Düngemittel, und zwar 6527 To., ferner Reis und kleine Mengen Stückgüter. Über Danzig wurden vor allem Metalle, Erze, Schrott usw., ferner Düngemittel, Getreide usw. eingeführt. Zur Ausfuhr gelangten über Danzig 402 045 To. im Werte von 46 Mill. Zloty, und über Gdingen 100 074 To. für 3,46 Mill. Zloty. Die Ausfuhr über Gdingen bestand ausschließlich aus Kohlen. Die Gdingener Kohlenausfuhr erreichte bereits mehr als ein Drittel von der Danziger Kohlenausfuhr. Von der polnischen Gesamtausfuhr kamen dem Werte nach über Danzig nur knapp 25 Prozent, von der Ausfuhr gingen über Danzig etwas mehr als über 20 Prozent.

Zunahme der polnischen Kohlenausfuhr im Mai. Polens Kohlenausfuhr zeigte im Mai eine beachtenswerte Zunahme; sie betrug 1 087 000 To., gegen 957 000 im Vormonat. Zugenommen hat die Ausfuhr vor allem auf dem Seewege: nach den Ostseeländern, Norwegen und Frankreich. Nach Schweden wurden 263 000 To. ausgeführt, gegen 238 000 im April, nach Dänemark 105 000 To., nach Lettland 40 000, nach Finnland 65 000, gegen 39 000 im April, nach Norwegen 70 000 und nach Frankreich 38 000 To. Auch Holland, das nur selten polnische Kohlen gekauft hat, war diesmal Abnehmer für 8000 To. Die Ausfuhr nach Italien war dagegen mit 41 000 To. ziemlich unbedeutend. Auf dem Landwege erhielten u. a. Österreich 191 000, Tschechoslowakei 78 000, Südslawien 27 000, die Schweiz 12 000 To. usw. Über die drei Seehäfen des polnischen Zollgebiets wurden zusammen im Mai 653 000 To. ausgeführt, gegen 537 000 To. im April, und zwar gingen im Mai über Danzig 487 000, über Gdingen 161 000 und über Dirschau, wo die ersten Verladungen in diesem Jahre im Mai erfolgten, 5000 To.

Der Saatenstand zu Anfang Juni. Auf Grund der Angaben seines landwirtschaftlichen Berichterstatters gibt das Statistische Hauptamt in Warschau bekannt, daß die letzten Tage des Mai eine gewisse Verbesserung der Witterung brachten. Jedoch war Sonne und Wärme für die Vegetation noch nicht in dem erforderlichen Maße vorhanden. Die Feuchtigkeit ist überall ausreichend, in einigen Wojewodschaften sogar übermäßig. Lediglich die Wojewodschaft Tarnopol klagt über unzureichende Feuchtigkeitsmengen. Im allgemeinen hat sich der Saatenstand verbessert. Der Stand des Wintergetreides nähert sich dem Mittel, Roggen steht jedoch schlechter als Weizen. Sommergetreide steht besser als Wintergetreide und hat den mittelmäßigen Stand um einiges überschritten. In den zentralen und westlichen Wojewodschaften ist die Saatenstandverbesserung recht erheblich, in den südlichen hingegen weniger stark. Die noch recht schwach entwickelte Vegetation kann sich aber bei einer Wendung des Wetters zum günstigen noch gut entwickeln.

Die Lohnstreitigkeiten in der polnischen Textilindustrie sind für den Lodzer Bezirk nunmehr dadurch beigelegt worden, daß nach dem Vorgang der sog. Klassenverbände soeben auch der Arbeiterverband Praca und die Christlichen Arbeiterverbände die von den Industriellen angebotene Lohnerhöhung von 6 Prozent angenommen haben, allerdings unter der Bedingung, daß das neue Abkommen nicht befristet wird und unter dem Vorbehalt, demnächst neue Lohnforderungen zu erheben, sobald die Lage der Lodzer Industrie sich gebessert haben wird. — Die Bialystoker Textilarbeiter, denen ebenfalls eine sechsprozentige Lohnerhöhung zugestanden wurde, verharren dagegen noch im Streik, haben aber ihre Forderung von 30 und 40 Prozent bereits auf 12 bzw. 14 Prozent herabgesetzt. — Die Lodzer Trikotagenarbeiter haben das Lohnabkommen vom 23. Juli 1927 gekündigt und eine Lohnerhöhung von 15 Prozent, Entschädigung für Lohnausfall infolge Betriebseinschränkungen, Durchführung des Achtstundentages und Anerkennung der Arbeiterdelegierten in den Fabriken gefordert.

Vom Danziger Holzmarkt. Nach einer kleinen Belebung des Danziger Holzmarktes im April ist es in den letzten Wochen wieder außerordentlich still geworden. Die Nachfragen aus England haben sich wieder vermindert, da jetzt in England bereits das erste neue Holz aus Finnland und Schweden eintrifft, womit regelmäßig ja das Interesse für Danzig etwas nachzulassen pflegt. Die Danziger Ausfuhr zeigte daher auch im Mai wieder einen erheblichen Rückgang. Sie betrug nur 77 105 To., gegenüber 100 537 To. im April. Die Ausfuhrmenge des Mai ist das kleinste Monatsergebnis in diesem Jahre. Der Grund liegt vor allem auch darin, daß die alten Vorräte in Danzig jetzt geräumt sind, während das neue Holz aus Polen dem englischen Käufer immer noch zu teuer erscheint. Inzwischen hat man allerdings in Polen sich zu einem gewissen Preisabbau entschlossen, da sich gezeigt hat, daß der Absatz zu den außerordentlich hohen Preisen auch nach Deutschland nicht in genügendem Umfange möglich ist. Die polnischen Sägewerke sind auch schon wieder in stärkerem Maße dazu übergegangen, englische Dimensionen einzuschneiden. Bis sich dies aber in einer Belebung des Geschäfts in Danzig bemerkbar macht, das dürfte noch ziemlich lange dauern. Etwas stärker als aus England war verhältnismäßig zeitweise die Nachfrage aus Holland und neuerdings vor allem auch aus Frankreich, wobei Frankreich für die am meisten gesuchten Dimensionen an Weißholz etwa 15 s für den Standard mehr bezahlt, als England. Aus England werden nur hin und wieder Dimensionen verlangt, die anderweitig knapp sind, und wenn der Danziger Exporteur zufällig solche Dimensionen hat, so kann er gelegentlich einmal einen günstigen Abschluß machen. Gesucht sind aus England zeitweise an Rotholz Planken von 3×7, 3×8, 3×9 Zoll, an Weißholz 2½ Zoll starke Planken und auch schwächere sägefallende Bretter. Für Weißholz ist ein Preis von etwa 13—13½ £ im Höchstfalle zu erzielen. Soweit Verkäufe stattfinden, handelt es sich aber immer nur um ziemlich kleine Posten. Die englischen Berichte lassen erkennen, daß dort immer noch zu viel alte Vorräte vorhanden sind und die Kauflust beeinträchtigen. Man kann daher vorläufig in Danzig auf eine Belebung des Geschäfts nicht rechnen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 20. Juni auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zloty am 19. Juni. Danzig: Ueberweisung 57,46 bis 57,60, bar 57,48—57,62. Zürich: Ueberweisung 58,17½, London: Ueberweisung 43,53, Newyork: Ueberweisung 11,25, Berlin: Ueberweisung Warschau 46,775—46,975, Kattowitz 46,825—47,025, Posen 46,80—47,00, bar gr. 46,675—47,075, Bukarest: Ueberweisung 18,17, Prag: Ueberweisung 377⅝, Riga: Ueberweisung 58,65, Wien: Ueberweisung 79,49—79,77, Budapest: bar 64,10 bis 64,40.

Warschauer Börse vom 19. Juni. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Oslo —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 359,58, 360,48 — 358,68, Japan —, Kopenhagen —, London 43,51⅛, 43,62 — 43,40¾, Newyork 8,90, 8,92 — 8,88, Paris 35,05, 35,14 — 34,96, Prag 26,41½, 26,48 — 26,35, Riga —, Schweiz 171,88, 172,31 — 171,45, Stockholm —, Wien 125,44½, 125,76 — 125,13, Italien 46,87½, 46,99 — 46,76.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 19. Juni. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,03 Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin 122,397 Gd., 122,703 Br., Warschau 57,46 Gd., 57,60 Br. Noten: London 25,025 Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Kopenhagen —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,48 Gd., 57,62 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 19. Juni Geld	Brief	In Reichsmark 18. Juni Geld	Brief
	Buenos-Aires 1 Pes.	1.780	1.784	1.781	1.785
—	Kanada . . 1 Dollar	4.168	4.176	4.168	4.176
5.48%	Japan . . . . 1 Yen.	1.948	1.952	1.948	1.952
—	Kairo . . . 1 äg. Pfd.	20.925	20.965	20.925	20.965
—	Konstantin 1 trk. Pfd.	2.133	2.137	2.138	2.142
4.5%	London 1 Pfd. Sterl.	20.402	20.442	20.401	20.441
4%	Newyork . . 1 Dollar	4.1800	4.1880	4.1790	4.1870
—	Rio de Janeiro 1 Milr.	0.501	0.503	0.501	0.503
—	Uruguay 1 Goldpes.	4.266	4.274	4.266	4.274
4.5%	Amsterdam . 100 Fl.	168.59	168.93	168.57	168.91
10%	Athen	5.415	5.425	5.415	5.425
4.5%	Brüssel-Ant. 100 Frc.	58.38	58.50	58.37	58.49
6%	Danzig . . 100 Guld.	81.50	81.66	81.49	81.65
6%	Helsingfors 100 fi. M.	10.52	10.54	10.522	10.542
6.5%	Italien . . . 100 Lira	21.975	22.015	21.995	22.035
7%	Jugoslavien 100 Din.	7.359	7.373	7.358	7.372
5%	Kopenhagen 100 Kr.	112.09	112.31	112.11	112.33
8%	Lissabon . 100 Esc.	18.78	18.82	18.68	18.72
5.5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	111.94	112.16	111.94	112.16
3.5%	Paris . . . . 100 Frc.	16.425	16.465	16.425	16.465
5%	Prag . . . . . 100 Kr.	12.388	12.408	12.387	12.407
3.5%	Schweiz . . 100 Frc.	80.585	80.745	80.775	80.735
10%	Sofia . . . 100 Leva	3.019	3.025	3.019	3.025
5%	Spanien . . 100 Pes.	68.93	69.07	—	—
3.5%	Stockholm . 100 Kr.	112.19	112.41	112.19	112.41
6.5%	Wien . . . . . 100 Kr.	58.825	58.945	58.82	58.94
6%	Budapest . . . Pengö	72.88	73.02	72.88	73.02
8%	Warschau . . 100 Zl.	46.775	46.975	46.775	46.975

Züricher Börse vom 19. Juni. (Amtlich.) Warschau 58,17½, Newyork 5,1867, London 25,31⅝, Paris 20,38½, Prag 15,38, Wien 73,00, Italien 27,27, Belgien 72,45, Budapest 90,44½, Helsingfors 13,08½, Sofia 3,74½, Holland 209,20, Oslo 138,97½, Kopenhagen 139,12½, Stockholm 139,22½, Spanien 85,60, Buenos Aires 2,21⅜, Tokio 2,42½, Rio de Janeiro —, Bukarest 3,17½, Athen 6,80, Berlin 123,95, Belgrad 9,13¼, Konstantinopel 2,65⅝.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zl., do. kl. Scheine 8,84 Zl., 1 Pfd. Sterling 43,337 Zl., 100 franz. Franken 34,91 Zl., 100 Schweizer Franken 171,193 Zl., 100 deutsche Mark 212,208 Zl., 100 Danziger Gulden 173,205 Zl., tschech. Krone 26,31 Zl., österr. Schilling 124,944 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 19. Juni. Festverzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 66,25 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 97,00 G. Tendenz: ruhig. — Industrieaktien: Bank Kw., Pot. 92,00 G. Bank Zw. Sp. Zar. 85,00 G. H. Cegielski 44,50 G. Cukr. Zduny 100,00 G. C. Hartwig 40,00 B. Herzfeld-Viktorius 47,00 G. Tendenz: ruhig. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Hanf und Flachs. Bromberg, 19. Juni. Großhandelspreise loko Bromberg je Kg.: Ungekämmter Hanf 3,50, gekämmter mittlerer Gattung 6, gekämmter bester Gattung 9,50—12. Gekämmter Flachs 3,50, ungekämmter (Packflachs) 0,75—0,80. Bedarf vergrößert.

Getreidepreise im Inland in der Woche vom 11. bis 16. Juni.

	11. 6.	12. 6.	13. 6.	14. 6.	15. 6.	16. 6.
Roggen						
Warschau	53,00	52,00	51,50	51,50	51,00	51,00
Posen	51,25	—	49,75	—	48,00	—
Weizen						
Warschau	59,56	58,50	58,50	58,50	58,50	60,00
Posen	53,25	—	52,75	—	52,75	—
Gerste						
Warschau	49,00	53,00[1]	48,50	53,00[1]	48,00	52,00[1]
Posen	47,50	—	47,00	—	47,00	—
Hafer						
Warschau	50,00	51,00	53,00	52,00	52,00	52,00
Posen	46,00	—	46,00	—	46,00	—

1) Braugerste.

Berliner Produktenbericht vom 19. Juni. Getreide und Oelsaat für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark. Weizen märk. 248—250, Juli 262,50, Septbr. 262, Oktober 261,50. Roggen märk. 270—272, Juli 269,25, Sept. 250,75, Oktober 251,25. Gerste: Sommergerste 245—266. Hafer märk. 252—260, Juli —. Mais: 239—242 (zollbegünstigter Futtermais). Weizenmehl 31,00 bis 35,00. Roggenmehl 35,25—38,25. Weizenkleie 16,00—16,25. Weizenkleiemel. 16,75—17,25. Roggenkleie 18—18,25. Viktoriaerbsen 50 - 62, kleine Speiseerbsen 35—40. Futtererbsen 24,50 - 26,00. Peluschken 24,50—26. Ackerbohnen 23—24. Wicken 25,00—28,00. Lupinen, blau 14,00—15,50, Lupinen, gelb 16—17. Seradella, neue 23 - 28. Rapskuchen 18,80—19,00. Leinkuchen 23—23,70. Trockenschnitzel 15,80—16,00. Soyaschrot 20,60—21,20. Kartoffelflocken 26,40—26,80. Tendenz für Weizen schwach, Roggen schwächer.

Materialienmarkt.

Metalle, Bau- und Brennmaterialien. Warschau, 18. Juni. Es werden folgende Preise loko Lager in Zloty je Kg. notiert: Banka-Zinn 14,80, Aluminium 5,10, Blei 1,40, Zinkblech 1,70, verzinktes Blech 1,20, eisernes Dachblech 0,99, Eisen 0,47, Eisenbalken 0,52, Hufnägel die Kiste 31, Zement das Fäßchen 20,50, feuerfeste Ziegel das Stück 0,22, Karbid 100 Kg. 68; oberschlesische Grob- und Würfelkohle die Tonne 44 Zloty.

Edelmetalle. Berlin, 18. Juni. Silber 900 in Stäben das Kg. 82—82,5, Gold im freien Verkehr das Gramm 2,80—2,82, Platin das Gramm 9,50—11 Zloty.

Berliner Metallbörse vom 19. Juni. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 139,50, Remalted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98/99%) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren (99%) 194, Reinnickel (98—99 %) 350. Antimon-Regulus 90—95, Feinsilber für 1 Kilogr. fein 81,50—82,50.

Viehmarkt.

Posener Viehmarkt vom 19. Juni. Amtlicher Marktbericht der Preisnotierungskommission.

Es wurden aufgetrieben: 610 Rinder (darunter 89 Ochsen, 170 Bullen, 351 Kühe und Färsen), 2977 Schweine, 699 Kälber und 289 Schafe, zusammen 4575 Tiere.

Rinder: Ochsen: vollfleisch., ausgem. Ochsen von höchstem Schlachtgewicht, nicht angesp. —,—, vollfleisch., ausgem. Ochsen von 4—7 J. —,—, junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete —,—, mäßig genährte junge, gut genährte ältere —,—. — Bullen: vollfleischige, ausgewachsene von höchstem Schlachtgew. 164—168, vollfleisch., jüngere 148—154, mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 130—136. — Färsen und Kühe: vollfleischige, ausgemäst. Färsen von höchstem Schlachtgewicht —,—, vollfleisch. ausgem. Kühe von höchstem Schlachtgew. bis 7 Jahre 172—178, ältere ausgemästete Kühe und weniger gute junge Kühe und Färsen 156—162, mäßig genährte Kühe und Färsen 136—140, schlecht genährte Kühe u. Färsen 116—120, schlecht genährtes Jungvieh (Vielfraße) —,—.

Kälber: bestes Mastvieh (Doppellender) —,—, beste, gemästete Kälber 148—154, mittelm. gemästete Kälber und Säuger bester Sorte 138—144, wenig. gem. Kälber u. gute Säuger 126—132, minderwertige Säuger 112—120.

Schafe: Stallmast: Mastlämmer und jüngere Masthammel 136—146, ältere Masthammel, mäß. Mastlämmer u. gut genährte, junge Schafe 116—124, mäß. genährte Hammel u. Schafe —,—.

Schweine: Gemästete über 150 Kilogramm Lebendgewicht —,—, vollfleischige von 130—150 Kilogr. Lebendgewicht 216—220, vollfleischige von 100—120 Kilogramm Lebendgewicht 208—212, vollfleischige von 80—100 Kilogramm Lebendgew. 204—206, fleischige Schweine von mehr als 80 Kilogr. Lebendgew. 188—196, Sauen und späte Kastrate 150—190.

Marktverlauf: ruhig; Schweine nicht ausverkauft.

Wasserstandsnachrichten.

Thorn, 20. Juni. Zawichost + —,—, Warschau + —,—, Plock + 1,01, Thorn + 1,13, Fordon + 1,16, Culm + 1,09, Graudenz + 1,30, Kurzebrack + 1,65, Piekel + 0,75, Dirschau + 0,69, Einlage + 2,40, Schiewenhorst + 2,62.

Geldmarkt

Stellengesuche

Offene Stellen

An- u. Verkäufe

Wohnungen

Möbl. Zimmer

Pensionen

Pachtungen

Deutsches Reich.

Deutsche Absage zum Internationalen Handelskongreß.

Über die Tagung des Internationalen Handelskongresses in Paris sind im Zusammenhang mit einer deutschnationalen Interpellation Erörterungen entstanden, die sich mit dem Tagungsort befassen, für den angeblich der Spiegelsaal des Versailler Schlosses vorgesehen sein sollte. Nach einer Mitteilung der deutschen Botschaft in Paris findet der Kongreß jedoch nicht im Spiegelsaal, sondern im Kongreßsaal des Schlosses statt, wo sonst die Sitzungen des französischen Senats und der Kammer abgehalten werden. Dem deutschnationalen Protest gegen den Tagungsort fehlen also die Grundlagen. Unabhängig von dieser Frage des Tagungsortes ist indessen eine Teilnahme deutscher Parlamentarier an diesem Kongreß aus einem anderen Grunde diesmal nicht möglich. Reichstagspräsident Löbe hat an das Komitee telegraphiert, daß eine deutsche Delegation diesmal nicht nach Paris kommen könne, weil die deutschen Parlamentarier im gegenwärtigen Stadium der Regierungsneubildung unabkömmlich seien.

Auf ein Telegramm des Generalsekretärs des Kongresses und des französischen parlamentarischen Komitees, in dem Nachdruck darauf gelegt wird, daß der Reichstag mindestens einen Vertreter entsende, der die Mitglieder des Kongresses zu der neuen Tagung im Jahre 1930 nach Berlin einladen könnte und in dem kategorisch festgestellt wird, daß die Beratungen des Kongresses nicht im Spiegelsaale des Versailler Palais stattfinden sollen, wo das Versailler Traktat unterzeichnet worden war, teilte der Reichstagspräsident mit, daß als Vertreter des Deutschen Reichstages der ehemalige Staatssekretär Abg. Oskar Meyer zur Teilnahme an dem Kongreß abgereist sei.

Exzellenz Hammann gestorben.

Berlin, 18. Juni. Exzellenz Oskar Hammann, der von 1894 bis 1616 Pressechef des Auswärtigen Amtes war, ist heute im Alter von 76 Jahren gestorben.

Gegen die Todesstrafe.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe eingebracht. Der beantragte Gesetzentwurf lautet:

§ 1: die Todesstrafe wird abgeschafft.

§ 2: In den Fällen, in denen das Gesetz Todesstrafe androht, tritt an ihre Stelle lebenslängliche Zuchthausstrafe.

§ 3: Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Von der demokratischen Fraktion liegt ebenfalls ein Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe vor.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 20. Juni.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung mit zunehmender Erwärmung an.

Bromberg als Stadt des Sportes.

Wir haben schon früher Gelegenheit genommen, auf die erfreulichen Fortschritte hinzuweisen, die Bromberg als Stadt des Sportes in den letzten Jahren gemacht hat. Der von der deutschen Stromverwaltung geschaffene Brahnauer Holzhafen stellt die beste Rennstrecke in ganz Polen für Ruderregatten dar, deshalb werden hier neben den Regatten des Deutschen Ruderverbandes Posen-Pommerellen auch die Regatten um die Meisterschaft in Polen ausgefahren. Selbst zu internationalen Ruderregatten wird die hiesige Rennstrecke benutzt, und nachdem bereits im vorigen Jahre in Gegenwart des Staatspräsidenten in Brahnau internationale Rennen ausgefahren wurden, ist anläßlich der Allgemeinen Polnischen Landesausstellung im nächsten Jahre wiederum die Veranstaltung einer internationalen Regatta in Bromberg geplant.

Einen weiteren Ausbau erfährt auch der Rennplatz in Karlsdorf (Kapuściško Małe). Bekanntlich fanden dort bereits zu deutscher Zeit die Rennen des Schneidemühler Reitervereins statt. Die Tribüne dieses Vereins wurde aber im Laufe der Kriegsjahre von der umwohnenden Bevölkerung „abgetragen". Im vorigen Jahre wurde von dem großpolnischen Rennklub eine neue Tribüne errichtet, gleichzeitig die Rennstrecke — übrigens auch eine der besten in Polen, da sie flaches Feld in 800 Meter Länge hat — mit allen für Rennen erforderlichen Einrichtungen versehen. Die offizielle Einweihung der Tribüne wird Anfang nächsten Monats anläßlich der diesjährigen hier zu veranstaltenden Rennsaison erfolgen. Wie von der Leitung des polnischen Rennklubs in einer Pressekonferenz mitgeteilt wurde, unterstützt der Magistrat unserer Stadt die Veranstaltungen sportlicher Verbände tatkräftig.

Ein weiteres gedenkt die Stadtverwaltung durch Errichtung eines Sportstadions in der Nähe des Rennplatzes für die körperliche Ertüchtigung der Bevölkerung unserer Stadt zu tun. Allerdings sind hier die Pläne über Projekte noch nicht hinausgekommen.

Der persische Fassadenkletterer vor Gericht.

Den Mohammedaner persischer Nationalität Shasi Tachmasuff, von Beruf Arbeiter, 25 Jahre alt, verschlug das Schicksal im Jahre 1919 nach Polen. Er trieb sich im Lande umher und ernährte sich von verschiedenen Gelegenheitsarbeiten. Am 27. März dieses Jahres kam er nach Bromberg, sah sich die Häuser in der Elisabethstraße an und fand, daß es sehr leicht sei, an den Außenwänden der Häuser bis zum Giebel emporzuklettern. Vor dem Hause Elisabethstraße 53 blieb er sinnend stehen, denn er erblickte hoch oben in den Bodenräumen Wäsche, die man zum Trocknen aufgehängt hatte.

In der Nacht zum 28. März kehrte er dann zurück, und gewandt, wie eine Eichkatze, sprang er zunächst über einen Zaun und erkletterte an einer Rinne die ganze Fassade des Hauses. Oben angelangt, stieg er durch ein offenes Fenster und stahl sämtliche Wäsche, Eigentum der Zöglinge einer Waisenanstalt. Die Wäsche packte er in einen Koffer, den er ebenfalls gestohlen hatte, befestigte die Wäscheleine am Fenster und ließ sich dann mit der Beute hinab. Er lenkte seine Schritte nach dem Bahnhof und gab den Koffer mit Inhalt am Gepäckschalter ab. Nun hieß es, die Beute zu Geld zu machen, und dazu bedurfte er der Mithilfe eines „Ortskundigen", da er hier fremd war. Er hielt in der Bahnhofshalle Umschau und erblickte einen „vertrauenerweckenden" Burschen, den arbeitslosen Georg Fojt aus Rybnik, der gleichfalls „zugereist" war und auf dem Bahnhof umherlungerte.

Die Bekanntschaft der Beiden war bald geschlossen und man beratschlagte, wo die Wäsche am vorteilhaftesten an den Mann zu bringen wäre. F. riet, es in einem Trödelgeschäft in der Mittelstraße zu versuchen. Am nächsten Tage wurde die Wäsche geteilt und der Koffer mit einem Teil Wäsche dem Trödler zum Kauf angeboten. Man erzielte dort den horrenden Preis von 2½ Złoty. Dann packte man die andere Wäsche in Papier und zog von dannen. In der Mittelstraße erregten die Gepäckträger die Aufmerksamkeit eines Polizeibeamten, der die Pakete öffnen ließ und die noch feuchte Wäsche herauszog. Da die beiden Gauner keine Auskunft über die Herkunft der Wäsche geben konnten, wurden sie verhaftet. Im Gefängnis fand es der junge Perser sehr ungemütlich, und er versuchte abermals eine kleine Fassadenkletterei in die goldene Freiheit, die aber mißlang.

Die beiden jungen Leute aus Persien und Oberschlesien, die sich hier auf dem Bromberger Bahnhof gefunden hatten, hatten sich am gestrigen Dienstag vor der ersten Strafkammer des Bezirksgerichts zu verantworten. Die Angeklagten sind geständig; T. gibt an, daß er nach Danzig wollte, um Arbeit zu suchen, und da ihm das nötige Reisegeld fehlte, verübte er den Diebstahl. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu drei und zwei Monaten Gefängnis.

§ **Scharfschießen.** Am 26. und 30. Juni, sowie am 3. und 7. Juli veranstaltet das 16. Ulanen-Regiment Scharfschießen auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangsstraßen sind an den genannten Tagen durch Militärposten gesichert.

§ **Chausseeausbesserung.** Auf der Chaussee zwischen Bromberg und Inowrocław von Kilometer 31,6 bis 33,9 erfolgt zurzeit eine Neuschüttung, wodurch der Verkehr beeinträchtigt wird. Die Arbeiten werden bis 15. Juli andauern.

§ **Der hiesige Geflügelzüchterverein** hielt am vergangenen Freitag im Gasthause von Wichert seine letzte Mitgliederversammlung vor den Sommerferien ab. Nachdem eine Aussprache über die bisherigen diesjährigen Zuchtergebnisse stattgefunden hatte, wurden die Medaillen und Diplome des Warschauer Zentralvereins an die Züchter verteilt, denen bei der letzten Ausstellung eine solche Auszeichnung zugesprochen worden war. Die Medaillen und Diplome der Großpolnischen Landwirtschaftskammer werden den Ausstellern in den nächsten Tagen von der Großpolnischen Landwirtschaftskammer zugesandt werden.

§ **Einen rätselhaften Doppelselbstmordversuch** unternahmen heute Nacht der 50jährige Einwohner Karl Haak in Jagdschütz und seine 26jährige Tochter. Beide schnitten sich die Pulsadern durch. Sie wurden in bedenklichem Zustande in das Diakonissenkrankenhaus eingeliefert. Über die Ursache zu der traurigen Tat ist noch nichts bekannt.

§ **Der heutige Wochenmarkt** brachte einen mittelmäßigen Verkehr. Für Butter forderte man zwischen 10 und 11 Uhr 2,40—2,50, für Eier 2,40—2,50, Weißkäse 0,50—0,60, Tilsiterkäse 2—2,50. Auf dem Obst- und Gemüsemarkt zahlte man für: Kirschen 0,80, Stachelbeeren 0,50, Blumenkohl 0,80 bis 1,50, junge Mohrrüben 0,35, Radieschen 0,20, Salat 0,20, Spinat 0,30, Kohlrabi 0,30, Spargel 2—2,50, Rhabarber 0,35, Gurken 0,80. Auf dem Geflügelmarkt notierte man: Enten 4—6, junge Hühner 2—3,50, alte Hühner 4—6, Tauben 1,20 bis 1,50. Die Fleischpreise waren wie folgt: Schweinefleisch 1,20—1,70, Rindfleisch 1,50—1,70, Kalbfleisch 1,40—1,50, Hammelfleisch 1,30. Für Fische zahlte man: Aale 2—2,50, Hechte 1,50—2, Plötze 0,50, Bressen 1,20.

Wegen wissentlichen Meineides hatte sich der Restaurateur Stanislaw Borowiak von hier vor der ersten Strafkammer des Bezirksgerichts zu verantworten. Er ist beschuldigt, am 2. Dezember vorigen Jahres vor dem hiesigen Kreisgericht in einer Zivilprozeßsache falsche Angaben mit dem Eid bekräftigt zu haben. B. hält auch heute noch die gemachten Aussagen aufrecht. Der Staatsanwalt beantragte, die Mindeststrafe für wissentlichen Meineid in Anwendung zu bringen. Das Gericht hielt das vorliegende Beweismaterial für unzureichend und sprach B. frei. — Wegen wissentlichen Meineides wurde der Schuhmachermeister Jan Myszkowski von hier im vorigen Jahre zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Er beantragte Revision des Urteils und das höchste Gericht in Warschau ordnete auf Grund formaler Fehler die nochmalige Verhandlung an. M. ist beschuldigt, in einer Wechselprozeßsache vor dem hiesigen Bezirksgericht eidlich in Abrede gestellt zu haben, von einem Ligarzewski 1650 Zloty Zinsen erhalten zu haben. In Wirklichkeit zahlte L. die Zinsen ratenweise an M. zurück. Der Fleischermeister Ligarzewski bekundet folgendes: M. lieh ihm 1550 Zloty und ließ sich einen Wechsel über 2000 Zloty ausstellen. Dann wurde der Wechsel viermal prolongiert, wofür der Angeklagte stets 300 Złoty für einen Monat Zinsen berechnete, so daß schließlich die Zinsen höher waren, als der geliehene Betrag. Dieserhalb hatte sich M. auch bereits wegen Wuchers zu verantworten. L. sagt weiter aus, er ließ sich von M. keine Quittungen ausstellen, deshalb verlor er den Prozeß und es wurde ihm das Mobiliar sowie Wagen und Pferd gepfändet. Der Staatsanwalt beantragte, M. mit einem Jahr Zuchthaus zu bestrafen. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Murach, bemühte sich in längeren Ausführungen, die Unschuld seines Mandanten nachzuweisen und beantragte, ihn freizusprechen. Das Gericht war jedoch anderer Meinung und hielt für einwandfrei erwiesen, daß der Angeklagte einen wissentlichen Meineid geleistet hatte. Das Urteil lautet auf ein Jahr Zuchthaus.

Im Gerichtssaal verhaftet wegen dringenden Verdachts des Landfriedensbruchs wurden am gestrigen Dienstag der Arbeiter Roman Salla und dessen Bruder, der Tischler Paul S., wohnhaft Nakelerstraße 104. Beide drangen in ein Restaurationslokal in Schleusendorf ein und zertrümmerten die ganze Einrichtung und den größten Teil des Geschirrs. Außerdem verletzten sie zwei herbeigerufene Polizeibeamte. Der Grund des Krawalls: Der Wirt des Lokals hatte sie aufgefordert, die Räume zu verlassen.

§ **Bei einer Razzia**, die die Kriminalpolizei heute Nacht veranstaltet hat, gelang es, eine Einbrecherbande in Stärke von neun Mann zu verhaften.

§ **Gestohlen** wurde aus der Autogarage des Schokoladenfabrikanten Kupczyk ein Automagnet. Vor Ankauf wird gewarnt.

§ **Verhaftet** wurden im Laufe des gestrigen Tages zwei Personen wegen Vagabundage und zwei gesuchte Personen.

*

Vereine, Veranstaltungen zc.

Ortsgruppe Bromberg, Abt. Handwerk, des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe. Am Donnerstag, dem 21. Juni, abends 7½ Uhr, findet im Zivilkasino unsere Monatsversammlung statt. Außer der Tagesordnung Vortrag des Herrn Syndikus Dr. Ptok und eines Versicherungsfachmannes über Berufsgenossenschaft, Berufshaftpflicht, Unfallversicherung, Lebensversicherung und sonstige Versicherungsfragen. Die Mitglieder werden gebeten, ihre Versicherungspolicen zwecks Nachprüfung mitzubringen. Um vollzähliges, zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Gleichzeitig geben wir bekannt, daß unser Sommerfest am Sonntag, dem 8. Juli, im Deutschen Hause stattfindet. (8620

* * *

* **Fordon**, 18. Juni. Eine Liebestragödie hat sich hier am vergangenen Sonntag, um 8 Uhr abends, ereignet. Zwischen dem 22jährigen Landwirtssohn Siegfried Schwede und der 19jährigen Tochter begüterter Eltern, Franziska Zalewska, bestand ein Liebesverhältnis, das den Eltern der letzteren nicht genehm war. Sie verboten dem jungen Mann das Haus und der Tochter jeden weiteren Verkehr. Am 17. d. M. bemerkte Sch. seine Geliebte im Garten und bat sie, noch einmal mit ihm spazieren zu gehen. Das Mädchen entsprach auch dem Wunsch. Auf der Weichselbrücke zog Sch. plötzlich einen Revolver, schoß zweimal auf seine Braut und verletzte sie an der rechten Schulter und an der rechten Brust. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und brachte sich eine schwere Kopfwunde bei. Beide wurden in bedenklichem Zustande ins Bromberger Krankenhaus eingeliefert.

fs. **Bentschen** (Zbąszyn), 19. Juni. Überfahren wurde in der ul. Senatorska ein Kind durch das Fuhrwerk eines hiesigen Fleischers; dem Kinde wurden beide Beine verletzt.

* **Inowrocław**, 18. Juni. Ein Brand brach in der Nacht zum Sonnabend auf dem Grundstück des Franciszek Kotowski an der Kilińskiego aus, durch den das Holz- und Kohlenlager eingeäschert wurde. Von hier aus sprang das Feuer auf einen mit Möbeln angefüllten zweistöckigen Speicher über, der gleichfalls niederbrannte. Der Schaden ist sehr groß.

* **Krotoschin** (Krotoszyn), 19. Juni. Kirchendiebstahl. Am Fronleichnamstage nach der Abendandacht in Kobierno ließ der dortige Kirchendiener die Kirche geöffnet und entfernte sich. Am nächsten Morgen bemerkte der Ortsgeistliche das Fehlen einiger Teile der Monstranz. Ferner wurde festgestellt, daß auch der stark vergoldete Kelch Beute eines Kirchenräubers wurde. Der Verdacht fiel auf einen in der Nähe der Kirche wohnenden Verbrecher, dem die Polizei bereits stark auf den Fersen ist.

fs. **Wollstein** (Wolsztyn), 19. Juni. Zur Durchführung gelangt in diesen Tagen die Aufhebung der Distriktskommissariate und die Errichtung der Wojtamtsstellen. Dieselben werden eingerichtet in Altkloster (Kaszczor), Rakwitz (Rakoniewice), Tuchorza, Wolsztyn Nord und Wolsztyn Süd mit dem Sitze in Wollstein und beginnen ihre Tätigkeit am 1. Juli. — Am letzten Sonntag feierte der gemischte Chor des Tuchorkaer Gesangvereins daselbst im Park sein Stiftungsfest. Es waren verschiedene Nachbarvereine erschienen. Außer vom gastgebenden Verein kamen mehrere Chorgesänge der auswärtigen Vereine zum Vortrag. — Nach ¾jähriger schuldloser Untersuchungshaft freigesprochen wurden der Landwirt Ernst Jäkel, seine Ehefrau und sein Sohn Herbert aus Szarke. Sie waren beschuldigt, das August Hecke'sche Ehepaar daselbst ermordet und ihr Anwesen angezündet zu haben. Da sich der Verdacht gegen den eigenen Schwiegersohn der Heckeschen Eheleute nicht aufrecht erhalten ließ, wurde der Verdacht durch eine Frau Kachel aus Neu Boruj auf die Obengenannten gelenkt. In der zweitägigen Verhandlung erwies sich die völlige Wertlosigkeit der Aussagen der im schlechten Leumund stehenden Hauptzeugin, so daß Freisprechung und sofortige Haftentlassung der drei Schuldlosen, die als arbeitsame und überall gern gelittene Bewohner in der Umgegend bekannt sind, erfolgte.

Kleine Rundschau.

* **Pyrenäentunnel.** In ungewöhnlicher Stille wurde kürzlich in gemeinsamer spanisch-französischer Arbeit der Bau der beiden Eisenbahnlinien Pau—Canfranc und Toulouse—Puigcerda zu Ende geführt. Die erste Linie ist für den internationalen Verkehr von größter Bedeutung, da sie eine wesentlich raschere Verbindung zwischen Paris und Madrid ermöglicht und einst im durchgehenden Zugverkehr Calais—Marokko eine Rolle spielen wird. Deshalb haben die beteiligten Regierungen keine Kosten gescheut und sind nicht vor den anfänglich fast unüberwindlich scheinenden technischen Hindernissen zurückgeschreckt. Der Höhenunterschied auf der Teilstrecke Bedous—Somfort, die in der Luftlinie nur 17 Kilometer mißt, beträgt nämlich über neunhundert Meter. Zur Überwindung dieser Steigung war ein Kehrtunnel von neun Kilometer Länge erforderlich; außerdem führt die kurze Strecke durch weitere fünfzehn Tunnel. Die Bedeutung der Linie wird dadurch gekennzeichnet, daß sowohl der König von Spanien als auch der französische Präsident im Juli persönlich zu den Einweihungsfeierlichkeiten erscheinen werden. Beim Bau der zweiten Linie Toulouse—Puigcerda waren nicht die gleichen Schwierigkeiten zu überwinden, immerhin erforderten aber die Umstände auf einer Strecke von nur 20 Kilometer Länge die Anlage von zehn Tunnels, deren längster 5,5 Kilometer mißt.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 129.